

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger — Brühler Stadtanzeiger — Brühler Volkszeitung

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 — — — Fernsprecher 2108

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Pfg. — Kleinanzeigen 20 Pfg. — Beilagen pro Tausend 15 Mark. — Bei langwieriger Werbung oder Konturs in jeder Hinsicht billiger. — Preisvorstellungen unverbindlich.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 93

Freitag, 22. April 1932

35. Jahrgang

Bürger im neuen Preußen!

Sine Unterredung unseres Berliner Vertreters

mit dem Ministerpräsidenten Dr. Braun

Unser Berliner Vertreter hat Gelegenheit gesucht, dem preussischen Ministerpräsidenten einige Fragen vorzulegen, die sich auf besondere Sorgen des Bürgertums gegenüber dem jetzigen Preußen bezogen. Herr Dr. Otto Braun hat unseren Vertreter in einkündiger Unterredung angehört und ihm etwa das Nachstehende geantwortet:

„Auch die breiten Massen des Bürgertums sollten nicht vergessen, daß sie im alten Preußen überwiegend der dritten Klasse der Wähler angehörten und somit ein wesentlich geringeres politisches Recht hatten, als ihnen heute zusteht. Im Herrenhaus haben gleichfalls nur wenige Vertreter des Mittelstandes gesessen. Ich kann mir nicht denken, daß diese bürgerlichen Schichten, die erst durch die Republik politischen Einfluß bekommen haben, wieder zurück möchten in den Zustand, der durch das neue Preußen abgelöst worden ist. Das dürfte im besonderen für die Frauen und für die Jugend gelten, die beide im alten Preußen keinerlei politische Rechte hatten.“

Ganz verständlich ist mir die Lebensart vom „marginalen“ Preußen

und die Behauptung, daß Preußen „von der Sozialdemokratie regiert“ werde.

Niemals haben die Sozialdemokraten im preussischen Parlament die Mehrheit gehabt und schon darum hat es niemals in Preußen eine sozialdemokratische Regierung gegeben.

In den Regierungen waren die Sozialdemokraten stets in der Minderheit, meist gab es nur zwei sozialdemokratische Minister, die höchstens drei. Daraus ergibt sich für jeden Einflüßigen, daß der Einfluß der Sozialdemokratie stets gebunden war an die Zustimmung der bürgerlichen Kollegen im Ministerium. Die preussische Regierung hat eben zu jeder Zeit Koalitionsverträge abgeschlossen und in dieser Koalitionspolitik sind die Forderungen der bürgerlichen Parteien durchaus zu ihrem Recht gekommen.

Gewiß, fuhr der Ministerpräsident fort, das neue Preußen hat nicht verbieten können, daß

eine fürchtbare Krise und eine entsetzliche Arbeitslosigkeit

über das deutsche Volk kam; aber das hätte überhaupt keine Regierung verhindern können. Denn ebensowenig wie irgendein anderes Land kann sich Preußen den Auswirkungen der Weltkrise entziehen.

Doch Preußen hat mit allen verfügbaren Mitteln, mit allen irgendwie aufzubringenden Mitteln die Krise zu mildern und den Betroffenen zu helfen gesucht.

Der bürgerliche Mittelstand sollte nicht vergessen, daß die gesamte soziale Fürsorge aus ihm zutage kommt; ungezählte Angestellte der kaufmännischen, der geistigen, sowie vieler anderen Berufe werden von der sozialen Fürsorge und den sozialen Versicherungen erreicht. Dann aber — und darauf möchte ich besonderen Wert legen — sollten die Kaufleute, die Handwerker, nicht zuletzt die Hauswirte bedenken, daß nur durch soziale Fürsorge und im besonderen durch die Arbeitslosenunterstützung wenigstens einigermaßen der erforderliche Geldumlauf, die Mietzahlung und der Einkauf der unentbehrlichen Waren sichergestellt sind.

Nebenbei möchte ich mich zu den so oft erhobenen Vorwürfen über die

Verschwendung im neuen Preußen, über dessen „Kursbauten“ usw. äußern. Was waren denn das für Kursbauten? Schulen, Berufsschulen, Häuser für Jugendpflege aller Art, dann Siedlungsbauten für alle Schichten der Bevölkerung, Krankenbauten, Sportplätze und dergleichen mehr. Gaben nicht an derartigen Bauten und deren Benutzung alle Kreise der Bevölkerung gleichmaßen teil und haben nicht durch die Errichtung all dieser Bauten gerade die Arbeitslosen, die Techniker, die Bauhandwerker und alle Lieferanten, die doch überwiegend dem gehobenen Mittelstand angehören, gute Beschäftigung und Verdienst gefunden? Schließlich ist hierzu noch zu sagen:

Das neue Preußen hat 1918 das Land in einem durch den Krieg so verwüsteten Zustand übernommen, daß unbedingt durch neue Bauten den dringenden Bedürfnissen der Verwaltung, der Krankenpflege, der Schule Abhilfe geschaffen werden mußte.

Wenn wir erst einmal aus der Krise herausgekommen sein werden, wird die Öffentlichkeit dem neuen Preußen für dessen Bauvorfahrt, und ich darf wohl sagen, für die Tapferkeit, mit der es sich entschloß, zu bauen, was not tat, nur dankbar sein.

Soll ich nun noch davon sprechen, daß

die preussische Verwaltung die zweitbeste aller Länder des Reiches

ist, daß diese Verwaltung, im Gegensatz zu einst, mit allem Nachdruck dazu ertragen wird, dem Publikum zu dienen und nicht bürokratisch das Publikum zu tyrannisieren? Soll ich weiter daran erinnern, daß in diesem neuen Preußen jedermann, sofern er nur die Befassung und die Gesetze achtet, alle Freiheit hat, seiner Weltanschauung und seiner Religion, auch seinem politischen Bekenntnis zu leben; soll ich im besonderen Ihre Aufmerksamkeit lenken auf die beiden großen Verkehrswerke, die das neue Preußen mit der katholischen und evangelischen Kirche abgeschlossen hat, um so — das dürfte nicht übertrieben sein — die letzten Nachwirkungen des dreißigjährigen Krieges zu beseitigen und die konfessionelle Verfehlung des preussischen Volkes sicherzustellen? Auch das verdient vielleicht in die Erinnerung gerufen zu werden, daß

das neue Preußen immer darauf bedacht gewesen ist, den Reichsgedanken zu fördern, daß es sich hier hinter die Reichsregierung gestellt hat und daß es durch mehrere Staatsverträge den immer noch wirksamen Geist der Kleinkaaterei im Interesse eines größeren Deutschlands hat überwinden helfen.

Freilich, das darf ich nicht verschweigen, daß die preussische Bevölkerung und leider gerade das Bürgertum mit der neuen Freiheit nicht immer das Rechte anzufangen wußte; ich denke hier im besonderen an die Studenten und an die Schüler der höheren Lehranstalten. Wenn man bedenkt, daß von den Söhnen der Arbeiterschaft nur ein verschwindender Bruchteil auf die Gymnasien oder gar auf die Universitäten und technischen Hochschulen gelangt, so daß die gewaltigen Vorkurse, die diese Anstalten kosten, fast ausschließlich den Söhnen und Töchtern des Bürgertums zugute kommen, dann sollten diese Söhne und Töchter und deren Eltern vielleicht doch etwas mehr Respekt haben vor der Leistung und Eiferwilligkeit der Arbeiterschaft und vor einer Regierung, an der diese Arbeiterschaft freudig mitwirkt.

Zum Schluß möchte ich noch den Vorwurf zurückweisen: das neue Preußen zerbröckle die Tradition und den geschichtlichen Zusammenhang mit dem, was einst war. Auch davon kann gar keine Rede sein. Selbstverständlich muß im neuen Preußen ein neuer Geist herrschen.

nicht der Geist feudaler Obrigkeit, vielmehr der Geist bürgerlicher Demokratie. Aber alles, was das Gesetz der Geschichte verlangt, die Befähigung auf die Taten der Väter, auf die großen Vorläufer der Gegenwart, wird auch vom neuen Preußen mit gebotener Ehrfurcht und in historischer Einsicht gepflegt. Den Toten des Weltkrieges hat Preußen ein feierliches Ehrenbegräbnis in der Landeshauptstadt errichtet; die großen Männer: Stein, Götthe und viele andere, sind zur rechten Zeit würdig gefeiert worden.

Aus dem Wertvollen der Vergangenheit will das neue Preußen die Zukunft in eine nicht minder wertvolle Zukunft sein. Hierzu ist jeder willkommen, der helfen will.

Wer das deutsche Vaterland liebt, wer ein christliches deutsches Volk und Staatswesen erhalten sehen will, wer für wirkliche Einigung aller deutschen Männer und Frauen in einer echten Volksgemeinschaft als höchstem vaterländischen Ziele arbeiten und kämpfen will, der

wählt Liste 3

TREU ZUM ZENTRUM ALLEZEIT!

Der amerikanische Rüstungsvorschlag. — Deutschland als Schulbeispiel

Ul Genf, 21. April. Von Seiten der amerikanischen Abordnung werden Mitteilungen gemacht über eine Erklärung, die Staatssekretär Stimson in seiner Unterredung mit MacDonald und Tardieu am Donnerstagvormittag abgegeben hat. Stimson habe zunächst betont, er sei nach Genf gekommen, um den europäischen Staaten zu helfen, eine Lösung für alle zur Verhandlung stehenden internationalen Probleme zu finden. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sei gegenüber Europa außerordentlich skeptisch. Die Auffassung sei vorherrschend, daß die europäischen Staaten in den großen internationalen Fragen, vor allem im Reparations- und Schuldenproblem nicht mehr mit der wünschenswerten Ehrlichkeit handelten. Eine Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit Europa sei nur gegen den Preis voller Ehrlichkeit in allen diesen Fragen zu haben. — Staatssekretär Stimson legte sodann Tardieu und MacDonald den neuen amerikanischen Rüstungsplan dar, der auf dem Verfahren der qualitativen Herabsetzung der Rüstungen aufgebaut ist und in dem Deutschland als Muster für die Herabsetzung der Rüstungen hingestellt wird. Der amerikanische Vorschlag geht davon aus, daß in Zukunft die Staaten nur über Armeen verfügen dürfen, die entsprechend dem deutschen Beispiel der Verteidigung der Grenzen und der Ordnung im Innern dienen. Nach den amerikanischen Plänen würde Frankreich über eine Armee von ungefähr 380 000 Mann verfügen dürfen. Sämtliche Mächte sollten auf der Abrüstungskonferenz den Stand ihrer gegenwärtigen Rüstungen begründen, jedoch dürften künftig die Sicherheitslage eines jeden Landes und die geographischen Bedingungen lediglich unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung und der

Aufrechterhaltung der inneren Ordnung für den Rüstungsstand maßgebend sein.

Der amerikanische Abrüstungsvorschlag ist von seinen Urhebern zunächst nur als eine allgemeine Anregung gedacht, nicht als ein feststehender Plan. Stimson hat in der eingangs genannten Unterredung jedoch betont, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sehr wohl unterscheidet und die Sicherheitsbedürfnisse der einzelnen Länder durchaus berücksichtigt.

Die Trabanten Frankreichs auf der Abrüstungskonferenz

Ul Genf, 21. April. Die Mächtegruppe, die am Donnerstagvormittag unter Führung des rumänischen Gesandten Titulescu den Gegenantrag gegen den Antrag der englischen Regierung auf Abschaffung der schweren Angriffswaffen eingebracht hatte, setzt sich entgegen den Erwartungen Titulescus in der Sitzung des Hauptausschusses nicht aus 14, sondern nur aus 13 Staaten zusammen. Diese Staatengruppe, die also verjucht, die Abrüstungskonferenz zu sabotieren, besteht eigenartigerweise hauptsächlich aus den südamerikanischen Staaten, die ihre Pariser diplomatischen Vertreter auf die Abrüstungskonferenz entsandt haben, nämlich Bolivien, Chile, Kolumbien, Cuba, Guatemala, Venezuela, Paraguay und Uruguay, ferner den drei Mächten der kleinen Entente Rumänien, Südslowenien und Tschechoslowakei, sowie Polen und Persien. Die französische Abordnung hat es vorgezogen, den Antrag dieser 13 Mächte offiziell nicht zu unterschreiben, obwohl in Konferenzkreisen nicht der geringste Zweifel darüber besteht, daß der Antrag auf französischen Wunsch zurückgeht.

Um das Reichsbannerverbot. Groener trifft sich mit Brüning in Süddeutschland

Ul Berlin, 21. April. Der Sozialdemokratische Pressedienst hatte behauptet, daß Reichsinnenminister Groener am Donnerstag wegen der Reichsbannerverbangelegenheit beim Reichspräsidenten vorsprechen werde. Von zuständigen

ger Stelle wird dazu mitgeteilt, daß kein Besuch Groeners beim Reichspräsidenten stattfand. Die Angelegenheit habe sich dadurch verzögert, daß noch am Dienstagnachmittag aus dem Büro des Reichspräsidenten neues Material im Reichsinnenministerium eingegangen sei. Der Reichsinnenminister habe noch am Dienstag dem Reichsbannerführer Höltermann von diesem Material Kenntnis gegeben. Da die Angelegenheit ohne Zustimmung des Reichstanzlers nicht erledigt werden könne, so werde Minister Groener am Samstag nach Süddeutschland reisen, um sich dort mit dem Reichstanzler zu treffen, der zur Ausübung seiner Wahlpflicht von Genf nach Süddeutschland kommen wird. Höltermann hat an den Reichsinnenminister ein Schreiben gerichtet, in dem er zunächst mitteilt, daß ein Rundschreiben an sämtliche Gauvorstände des Reichsbanners herausgegangen sei, in dem die Auflösung der Schutzformationen des Reichsbanners angeordnet werde. Dem Schreiben liegt eine eidesstattliche Versicherung bei, aus der sich ergibt, daß die Führerschaft des Reichsbanners mit den Maßnahmen der Bundesleitung einverstanden war und ist, ferner daß die Führerschaft bereit sei, das gesamte Aktienmaterial den Behörden zur Kenntnis zu geben, und daß keine Tarnabsichten beständen. In dem Schreiben an Minister Groener geht Höltermann weiter ausführlich auf das ihm vom Minister Groener am Dienstag übermittelte Material ein.

Ul Berlin, 21. April. Der Führer des Reichsbanners Höltermann äußerte sich am Donnerstagnachmittag vor einigen Vertretern der



Berggruschkatastrophe bei Sochem. Unsere Aufnahme vom Schauplatz der Katastrophe zeigt die vollkommen verschüttete Wierstraße. Links das Abflussschiff der Mosel.

folgt, fest: 1. Be-
abfallende Ware

utigen Produkten:
affenheit 240 M.
heit 230 M. (230
ab Verladestation

he Eier: frische, ge-
g 6 1/2, M 60—65
— 5 1/2, C 50 bis
empelte, Sonderfl.
5 g 5 1/2—6, B 55
— 54,9 g 4 1/2—5,
Auslands Eier: Vol-
Preise verstehen sich

in.
odentbüchse notier-
strie-Kartoffeln 1a
(Großhandelspreise
en von 15 000 kg
Bahnstationen.)

ch e r, Brühl.
Brühler Zeitung“
GmbH. Brühl.

leidende

adagen jeglicher
vom ansässigen
er garantiert
genomes Tra-
ctanten Fällen.

ER

undagist
straße 50

gs — Samstags
Jhr
a zugelassen.
Bedienung.

Preisel
hähige
schäft
ARIS,
straße 79

Nervosität

utarmut, Bleichsucht,
Schwächezustände,
erden erfolgreich bekämpft
mit
Bruder Heinrichs
Blut-Jewernahrung.
zu haben in:
Drogerie Schmitter,
Kölnstraße.

Sachschubhunde

nnfeste Schäferhunde,
bermänner, Mirebale
rer u. Hausbündchen
Raffen preiswert, auf
rober Teilzahlung, Sche-
n, Wäschchen, Trimm-
wieren, Dressur, Pen-
n. Wilms Tierpark,
lin, Bonnerstr. 152,
Fernsprecher 94263.
undetausch — Antaut.

Tausende von Menschen

verdanken ihren
gesunden, tiefen
Schlaf und ihre ge-
kräftigten Nerven
unserem
Baldravin
1. Fl. RM 2.25
2. Fl. RM 4.00
3. Fl. RM 6.75
Erhältl. in all. Apo-
theken u. Drogerien
bestimmt in der
Alte Kurfürsten-
Apotheke
am Markt.
Drogerie
Schmitter,
Kölnstr. 15.

Presse über das Reichsbannermaterial, das dem Reichsinnenminister zur Prüfung zugeleitet worden ist. Er bezeichnete den Inhalt des Materials als belanglos. Es handele sich in der Hauptsache um Ausschnitte aus Zeitungen über Dinge, die teilweise unrichtig wiedergegeben worden seien. Ein einziger Geheimbefehl, des Reichsbanners vom 9. November 1931 sei darunter, der aber der Regierung und den Behörden damals zur Kenntnis gebracht worden sei. Unter dem „Material über Annäherung politischer Befugnisse des Reichsbanners“, das dem Reichspräsidenten zugeleitet worden sei, befände sich auch neben Zeitungsausschnitten eine Reihe von Meldungen von Agenten, die zum Teil im Dienste des Reichswehrministeriums arbeiteten. Über den Inhalt dieser Meldungen wolle er, Höfnermann, aber im Interesse der Staatsicherheit nichts Näheres mitteilen.

Deutsche Denkschrift an die Unterzeichnerstaaten der Memelkonvention

21. Genf, 21. April. Die deutsche Regierung hat den vier Unterzeichnerstaaten der Memelkonvention eine ausführliche Denkschrift überreicht, in der auf die neuen Vorkommnisse im Memelgebiet, insbesondere auf die unrechtmäßige Zusammenfassung der Wahlkreise, die Beschränkung der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit und auf die neuen Einbürgerungen hingewiesen wird.

5934000 Arbeitslose

21. Berlin, 21. April. Die Zahl der Arbeitslosen ist, nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1.—15. April 1932, im Zuge der jahreszeitlichen Entwicklung in der ersten Aprilhälfte um etwa 100 000 seit Mitte März um rund 200 000 zurückgegangen. Am 15. April waren bei den Arbeitsämtern rund 5 934 000 Arbeitslose gemeldet. Der Saisonbeginn brachte in den Außenberufen eine Verringerung der Zahl der Arbeitslosen um rund 138 000, während in den anderen überwiegend von der Konjunktur abhängenden Berufen die Arbeitslosigkeit gestiegen ist, und zwar insbesondere des Städtischen Dienstes, der Metallindustrie, sowie bei den Angestellten. Außerdem bleibt zu beachten, daß die Bestandzahl der Arbeitslosen in der gegenwärtigen Zeit durch den erheblichen Zugang von Ausgeleiteten und Schulentlassenen beeinflusst sein muß, bei denen angesichts der anhaltenden Ungunst der Lage eine Aufnahme in die Wirtschaft nur in beschränktem Maße stattfinden kann. Die Arbeitsaufnahme in den Saisonberufen hat sich für die Entlastung der Arbeitslosenversicherung stärker ausgewirkt, als für die Gestaltung des Arbeitsmarktes, so daß seit Anfang April die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 231 000 auf rund 1 347 000 am 15. April zurückgegangen ist; diese Entwicklung ist zum Teil auch auf die wachsende Zahl der Aussteuerungen nach Ablauf der Unterstützungsdauer zurückzuführen. Auch in der Krisenfürsorge ist zum ersten Mal seit etwa Jahresfrist ein Rückgang der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger zu verzeichnen, und zwar um rund 23 000 auf rund 1 721 000.

Amerika hat an 14 Schuldnerländer Schuldcheine zur Unterschrift übersandt

21. Washington, 21. April. Im Zusammenhang mit der neuen großen Auslandsfrage wird bekannt, daß das amerikanische Staatsdepartement Ende des letzten und Anfang des Monats an 14 Schuldnerländer Schuldcheine im Gesamtbetrag von 246 Millionen Dollar, die durch das Hooverjahr gestundet worden waren, zur Unterschrift übersandt hat. Obgleich diese Angelegenheit als Formalität hingestellt wird, ist es doch charakteristisch, daß diese Forderung gerade in diesem Augenblick veröffentlicht wird, in dem eine neue Opposition gegen die Schuldenstreikung wach wird. Der gestundete Jahresbetrag soll innerhalb von zehn Jahren beginnend mit Juli 1933 bei einem Zinssatz von 4 Prozent zurückgezahlt werden. Die begünstigten Länder sind: Belgien, Tschechoslowakei, Estland, Finnland, Frankreich, England, Ungarn, Italien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Südschweden und Deutschland.

Nazis verhöhnen den Papst!

Daß die Nazis „katholikenfreundlich“ sind, geht auch aus folgenden schönen Gedächtnissen des nationalsozialistischen Sächsischen Beobachters hervor:

„Ein schwarzer Götz im weißen Gewand (regiert von Rom aus die Stunde, regiert auch schon das deutsche Land, seine Diener sind treue Hunde. Sie halten die Schafe in ihrem Pferd, sie zaubern das Volk zur Herde, den deutschen Riesen zum römischen Zwerg, auf daß er noch Hofnarr werde. Die schwarze Gefahr geht um im Land, schlag nieder die heuchelnden Geister! Mit deutschem Sinn und Herz und Hand, dann werden wir Deutsche Meister.“

Wer jetzt noch glaubt, daß man gut gläubiger Katholik und zugleich Nazi sein kann, dem ist nicht zu helfen.

Die Lage der preussischen Staatsfinanzen

Eine neue Wahlfrage.

Im „Vorstoß“ vom 17. April d. J. wird behauptet, Preußen habe in 7 Jahren aus einem Ueberschuß ein Defizit von 928 Millionen hierzu gemacht. Der Amtliche Preussische Pressebericht ist ermächtigt, namens des Preussischen Staatsministeriums zu erklären:

Diese Behauptung ist unrichtig. Der preussische Haushaltsplan war bis Anfang 1930 ausgeglichen. Erst 1930 und 1931 ergaben sich infolge des durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise erfolgten Rückgangs der Steuern und der Wirtschaftsschrumpfung Fehlbeträge, die aber nur rd. 121 und rd. 170 Millionen RM betragen. Im Verhältnis zu dem Umfang der Wirtschaftskrise halten sich diese Fehlbeträge infolge der einschneidenden Ersparnismaßnahmen noch in durchaus mäßigen Grenzen. Völlig unrichtig ist auch die Behauptung, daß der Haushalt die Bevölkerung zunehmend belaste. Im Gegenteil sind die Nettoausgaben des Preussischen Staates 1932 gegen 1930 von insgesamt 3,6 auf 2,5 Milliarden, also um fast ein Drittel gesunken worden und bleiben noch 13 v. H. unter dem Durchschnittsbedarf von 1925 zurück. Die gesamte preussische Staatsschuld beträgt nur 600 Millionen RM, also nur einen Bruchteil der Vorkriegsschuld (10,4 Milliarden und 2,6 Milliarden ohne Eisenbahnschulden).

Polens „Bergeltung“ für Reuhöfen Deutscher Kriminalbeamter wegen „Spionage“ verurteilt

21. Graubenz, 21. April. Der deutsche Grenz-Kriminalbeamte Koppenatsch aus Garms, Kr. Marienwerder, der am 10. September vorigen Jahres bei der Ausübung seines Dienstes als Bahnkontrollant auf dem zu Polen gehörenden Bahnhof der deutschen Stadt Garms widerrechtlich festgenommen worden war, ist jetzt vom Bezirksgericht Graubenz wegen „Spionage“ zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden. An der Verhandlung durfte außer dem Offizialverteidiger und dem Gericht niemand teilnehmen. Die Stellung eines deutschsprachigen Verteidigers für Koppenatsch hatte das Gericht abgelehnt.

Gründung einer Betriebsgesellschaft zur Aufrechterhaltung der Junkerwerke

21. Dessau, 21. April. Die Verhandlungen der zuständigen Stellen über die Lage bei den Junkerwerken haben erneut die einmütige Bereitschaft zu einer Fortführung der Betriebe ergeben. Um die Klärung der wirtschaftlichen Lage und die notwendige Vermögensrechtliche Auseinandersetzung ordnungsgemäß durchzuführen zu können, und die Fortführung der Betriebe sowie die Wiederaufnahme von Gehalts- und Lohnzahlungen zu ermöglichen, ist beschlossen worden, eine von Professor Dr. Junkers unabhängige Betriebsgesellschaft zu gründen. Dieser Betriebsgesellschaft sollen beschleunigt Mittel zur angemessenen Aufrechterhaltung der Betriebe, zur Materialbeschaffung und zu Lohn- und Gehaltszahlungen überwiesen werden.

Kaiser Wilhelm will nicht nach St. Thomas

21. Amsterdam, 21. April. Wie aus Doorn verlautet, ist dort bis Donnerstagmorgen noch keine Einladung an den Kaiser eingegangen, sich nach der westindischen Insel St. Thomas zu begeben. Sollte eine solche Einladung noch eingehen, beschließt der Kaiser ihr nicht Folge zu geben, da er sich nicht für Reklamezwecke gebrauchen lassen will.

Elly Beinhorn will über Südamerika nach Deutschland zurückkehren

21. Sydney (Australien), 21. April. Die Weltfliegerin Elly Beinhorn hat die Absicht, sich mit ihrem Klemm-Argo-Flugzeug von Sydney in einem Dampfer nach Valparaiso einzuschiffen, um von dort einen Flug über Südamerika zu unternehmen. Elly Beinhorn will bei diesem Flug u. a. die Städte Santiago, Buenos Aires, Montevideo, Blumenau und Rio de Janeiro besuchen, um den dortigen Deutschen Grüße aus der Heimat zu überbringen.

Im Ueberschwemmungsgebiet der Save — Fast 6000 Häuser unter Wasser

21. Belgrad, 21. April. Wie der Sonderberichterstatter der „Pravda“ berichtet, ist die Save am Donnerstag erneut gestiegen, so daß keine Aussicht auf ein baldiges Abfließen des Hochwassers besteht. Im Mittellauf des Flusses stehen 5987 Häuser unter Wasser, von denen 600 bereits vollständig eingestürzt und ungefähr 2000 schwer beschädigt sind.

Drei Brüder gehen in den Tod

21. Bergedorf, 21. April. Zu Beginn dieser Woche hatte ein hiesiger Arbeiter im Alter von 28 Jahren aus Wirtschaftsnöten Selbstmord begangen. Am Tage nach seiner Beerdigung erhängte sich sein Bruder. Auch hier dürfte das Motiv in Nahrungsnöten zu suchen sein. Diesen schweren Schicksalschlag nahm sich ein dritter Sohn der Familie so sehr zu Herzen, daß er sich jetzt mit Leuchtgas vergiftete.

Schwere Besorgnis um Macdonalds Augenkrankheit

21. London, 21. April. Die Morgenpresse beschäftigt sich mit dem besorgniserregenden Zustand von Macdonalds Augen und drückt allgemein die Hoffnung aus, er möge sich nicht so weit verschlechtern, daß Macdonald zurücktreten müsse. Es wird daher empfohlen, daß er sich dem Räte seiner Ärzte füge, und zunächst nach seiner Rückkehr aus Genf sich mehrere Wochen vollkommen erhole und sich einen Teil seiner Verantwortlichkeit zeitweise abnehmen lasse. In politischen Kreisen wird großes Gewicht darauf gelegt, daß zurzeit keine Veränderungen in der Regierung eintreten. Die liberale „News Chronicle“ und der sozialistische „Daily Herald“ erklären, daß es lediglich Macdonald sei, der die Nationalregierung, deren Unstimmigkeiten auch zurzeit im Zusammenhang mit dem neuen Haushalt nicht mehr verheimlicht werden könnten, noch zusammenhalte.

Decke eines Gerichtssaales während der Verhandlung eingestürzt Bisher fünf Tote

21. Paris, 21. April. Ein schweres Einsturzungsunglück ereignete sich am Donnerstagvormittag während einer Gerichtsverhandlung im Justizgebäude von Bahia (Korfu) im großen Sitzungssaal, in dem etwa 50 Personen versammelt waren. Plötzlich stürzte die Decke ein und begrub alle Anwesenden unter den Trümmern. Feuerwehr und Militär konnten bisher 15 Leichen bergen. Eine ganze Reihe Schwerverletzte mußte ins Krankenhaus überführt werden.

Wachsende Arbeitslosigkeit

Steigende Finanznot in den westlichen Landgemeinden.

Die Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtsausgaben steigt von Monat zu Monat. Besonders stark wirkt sich die Arbeitslosigkeit in den westlichen Landgemeinden aus, in denen die Einkünfte der Wirtschaft am stärksten in die Krise getrieben sind. Nach den Feststellungen des Preussischen Landgemeindetages West hat die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen im Monat März eine weitere erhebliche Steigerung erfahren. Die Zunahme gegenüber dem Vormonat beläuft sich in allen Gemeinden auf 6,6 v. H., in den Landgemeinden sogar auf 9,6 v. H. gegenüber 5,6 v. H. in den großen Städten. In den Landgemeinden der Rheinprovinz ist die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen um 7,8 v. H. (gegenüber 6,6 v. H. in den kreisfreien Städten) gestiegen. Sie beträgt in den Regierungsbezirken Aachen 5,9 v. H., Düsseldorf 6,9 v. H., Koblenz 8,0 v. H., Köln 6,7 v. H. und Trier 3,2 v. H. Die Landgemeinden in der Provinz Westfalen haben eine Steigerung aufzuweisen von 7,3 v. H. und zwar in den Regierungsbezirken Arnsberg 8,7 v. H., Minden 5,9 v. H. und Münster 6,1 v. H. Im Laufe des Rechnungsjahres ist die Zahl der Wohlfahrtsverwerbslosen gestiegen: in der Rheinprovinz von 21.387 auf 49.164, also um 129,9 v. H. und in der Provinz Westfalen von 13.439 auf 40.429, also um 200,8 v. H. Entsprechend ist die Steigerung in den einzelnen Regierungsbezirken. Besonders stark ist die Zunahme im Regierungsbezirk Trier mit 734,2 v. H.; es folgen die Regie-

Das Neuelle in Kürze

— Amtlich wird mitgeteilt, daß ein Ueberschuß über die Verlängerung des 125 Millionen Dollarredits zustande gekommen ist.

— In Mittelfranken sind zahlreiche ehemalige SA-Führer wegen unrechtmäßiger Waffenbeschaffung und unrechtmäßigen Waffenbesitzes verhaftet worden.

— Der französische Ministerpräsident Lardieu katierte gestern Reichskanzler Brüning einen Besuch ab, nachdem zuvor eine Unterredung Lardieu-Macdonald stattgefunden hatte.

— Im Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz setzte Paul Boncour den Standpunkt der französischen Regierung zu dem englischen Vorschlag auseinander und lehnte ihn ab.

— Zwischen Stimson und Litwinow fanden streng geheimehaltene Verhandlungen sowohl über die gegenseitigen Beziehungen Amerikas und Rußlands als auch über den fernöstlichen Konflikt statt.

— Ganz Italien feierte gestern den Geburtstag Roms. Dabei wurde ein Denkmal für Julius Cäsar eingeweiht.

rungsbezirke Minden mit 241,8 v. H., Arnsberg mit 219,6 v. H., Münster mit 164,9 v. H., Köln mit 134,4 v. H., Koblenz mit 129,3 v. H., Düsseldorf mit 121,6 v. H. und Aachen mit 97,6 v. H. Bemerkenswert ist, daß das Gespenst der Arbeitslosigkeit nicht nur die industriellen Landgemeinden in ihrer Existenz bedroht, sondern auch die rein ländlichen Bezirke. Hier ist das Einstürzen aus der Krisenfürsorge in die Wohlfahrtsverwerbslosen-fürsorge besonders stark.

Unter diesen Umständen ist in zahlreichen westlichen Landgemeinden eine ordnungsmäßige Aufstellung der Haushaltspläne unmöglich. Aus zahlreichen Berichten, die täglich der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, läßt sich das Ausmaß der Finanznot klar erkennen. Viele Gemeinden sind seit Monaten nicht mehr in der Lage, den dringenden Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Folgen für die Privatwirtschaft sind nicht abzusehen. Selbst die Zahlung von Wohlfahrtsunterstützungen ist vielfach ins Stocken geraten. Reichs- und Staatshilfe reichen bei weitem nicht aus. Für die Reichsregierung gibt es jetzt kein Ausweichen mehr. Der äußerste Zeitpunkt, zu dem die immer dringlicher werdende Forderung auch des Preussischen Landgemeindetages West auf eine Neuordnung in der Aufbringung der Wohlfahrtslasten endlich in Erfüllung gehen muß, wenn nicht das Schlimmste eintreten soll, ist nunmehr gekommen.

Hitler wollte das Lannenberg-Denkmal mißbrauchen

Die Nationalsozialisten hatten die Absicht, auf dem Schlachtfeld von Lannenberg am Lannenberg-Nationaldenkmal unter der Firma „Gefallenen Gedächtnis“ eine Wahlversammlung abzuhalten, in der Hitler reden sollte. Der Regierungspräsident in Allenstein hat dieser getarnten Wahlversammlung unter Teilnahme Hitlers die Genehmigung verweigert. Das Lannenberg-Nationaldenkmal ist eine Parteiliche, sondern ein nationales Heiligtum für das ganze Volk.

Nachrichten aus Westdeutschland.

Die Uebergabe erfolgt.

21. Köln: Von der Oberpostdirektion Köln wird uns mitgeteilt: Nachdem die Verträge zwischen der Rheinischen Verkehrsgesellschaft, der Kölner Kraftwagenbetriebsgesellschaft, der Stadt Köln, der Reichsbahn und der Deutschen Reichspost zustande gekommen sind, ist der Betrieb der Personentrasslinien der beiden Gesellschaften einschließlich der Aachen-Dürener Verkehrsgesellschaft am 8. d. Mts. auf die Oberpostdirektion Köln und Aachen übergegangen. Die Oberpostdirektion Köln hat die Linien der Kölner Kraftwagenbetriebsgesellschaft übernommen, während die Oberpostdirektion Aachen die Linien der Aachen-Dürener Verkehrsgesellschaft weiterführt. Der Uebergang hat sich ohne Stöden und ohne Störung vollzogen. Die Oberpostdirektionen sind jetzt dabei, die neuen Linien ihrem Liniennetz einzugliedern und die Betriebsgestaltung den bei der Deutschen Reichspost gültigen Vorschriften allmählich anzupassen. Dazu gehören Gebühren, Beförderungsbedingungen, das bei dem Kraftpostbetriebe der Deutschen Reichspost allgemein und untergeordnet gültige Reiseverbot u. a. Es wird sich auch nicht vermeiden lassen, daß die Fahrpläne da und dort aus wirtschaftlichen Gründen eingeschränkt werden, oder daß die Linienführung geändert wird, um unnötige Doppelbetriebe zu vermeiden.

Nachluftverkehr trotz schlechten Wetters.

21. Köln: Die ersten 14 Tage Nachluftverkehr waren dadurch besonders schwierig, daß in dieser Zeit eine sehr schlechte Wetterlage herrschte; umso anerkennenswerter ist es, daß trotz der sturmartigen Winde und trotz mehrfach auftretender Eisbildung an den Maschinen, die bei Nachflügen gefährlich werden kann, sämtliche Flüge außer

einem haben durchgeführt werden können, ein Beweis für die Leistungsfähigkeit der heutigen Maschinen und ihrer Besatzungen.

Eine eigenartige Nahrungsmittelvergiftung.

21. Stolberg: Eine fiesle Nahrungsmittelvergiftung, ein sogenannter Fall von Botulismus, hat sich hier vor einigen Tagen ereignet. Nach dem Genuß von eingewickelten Bohnen erkrankte eine vierköpfige Familie. Es äußerten sich Vergiftungsanzeichen, und bei allen Familienmitgliedern trat eine tagelang anhaltende Augen- und Schlundlähmung auf, die fast zur völligen Unmöglichkeit der Nahrungsaufnahme führte. Die Krankheit, die nicht ansteckend ist, kommt sehr selten vor und ist in den meisten Fällen auch nicht lebensgefährlich. Nach dem letzten Krankheitsbericht glaubt man annehmen zu können, daß sich die Augen- und Schlundlähmung bei den Erkrankten bald wieder legen wird.

Jugendlicher Messerheld.

21. Duisburg: Ein besonderer Akt kindlicher Missetat spielte sich im Stadtteil Laar ab, wo mehrere Jungen auf der Straße spielten und hierbei namentlich den 11jährigen Ernst Br. hielten. Dieser geriet durch die fortwährenden Niedererlen derart in Wut, daß er ein Taschenmesser zog und auf seine Spielkameraden einstach. Er traf hierbei den 10jährigen Fritz Sagen. Der Junge mußte in schwerverletztem Zustand ins Krankenhaus geschickt werden, wo der Arzt einen Lungenstich feststellte.

Entsetzliches Motorradunglück.

21. Gelsenkirchen: Ein schweres Verkehrsunfall ereignete sich im Stadtteil Buer. Der Fahrer eines in voller Fahrt befindlichen Motorrades trat aus Versehen in die Gleise des Linn-

Stärkt Ordnungsstaat Preußen, wählt Zentrum Liste 3

terrades, wodurch der Fahrer die Gewalt über die Maschine verlor. Das Rad fiel in den Straßengraben. Während der Fahrer mit geringfügigen Verletzungen davonkam, erlitt der Beifahrer einen Schädelbruch, an dessen Folgen er kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Wieder ein Schmuggler an der holländischen Grenze erschossen.

Wohlt: In Demden, links der Landstraße nach Vatten (Holland), etwa 800 Meter von der Grenze entfernt, traf abends ein Zollbeamter auf einen Schmuggler. Auf den Anruf des Zollbeamten floh dieser zur Grenze zurück. Der Beamte machte von seiner Schusswaffe Gebrauch und traf den Schmuggler tödlich. Bei dem Erschossenen handelt es sich um einen 18jährigen Landwirtssohn.

Mit Holzknäpeln totgeschlagen.

Wüdingen: In Bleichenbach kam es in einer Wirtshaus, wo mehrere junge Leute die Nacht über durchgezogen hatten, frühmorgens zu einer schweren Schlägerei, bei der der Dienstknecht Streum mit Holzknäpeln totgeschlagen wurde. Ein anderer landwirtschaftlicher Arbeiter namens Kuhn erlitt an Kopf und Beinen so schwere Verletzungen, daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei haben eine Untersuchung eingeleitet. Nach den bisherigen Feststellungen waren die beiden Arbeiter mit einem Handwerksburschen in Streit geraten, der mit dem Ruf „Heil Moskau“ die Wirtshaus betrat. In die sich entwickelnde Schlägerei griffen die Gäste ein, die auf die beiden Arbeiter einschlugen und sie mit diesen Holzknäpeln verprügelten. Die einen schlugen, die anderen schrien, während der andere in die Wirtshaus Knecht überfiel wurde. Unter dem Verdacht der Taterschaft wurde der Dienstknecht Maig und der Bäcker Hed verhaftet. Wie verlautet, sollen die Festgenommenen geständig sein.

Was Preußen für seine Schulen aufwendet

1931 gab Preußen für seine Universitäten 57,6 Millionen RM aus gegenüber 22,6 Mill. RM im Jahre 1913, für die technischen Hochschulen 12 Millionen RM (5,5 Mill. RM), für die höheren Schulen 49,3 Mill. RM (24,3 Millionen RM), für die Volksschulen 461 Millionen RM (155 Millionen RM). Während also für das höhere Schulwesen die Aufwendungen gegenüber 1913 sich mehr als verdoppelt haben, dreifachten sie sich beinahe für die Volksschulen.

Die Zahl der Handwerkslehrlinge geht ständig zurück

Am 31. Dezember 1930 zählte Deutschland insgesamt 699 335 Handwerkslehrlinge, und zwar 628 555 männliche und 70 780 weibliche. Davon waren in Preußen 441 223, in Bayern 73 698, in Sachsen 8551. Von rund 700 000 Lehrlingen standen 450 000 bei Innungsmitgliedern und 150 000 bei Nichtinnungsmitgliedern. Der Rückgang der Lehrlinge betrug gegenüber 1926 fast 10 v. H.

Sakenkreuze als Haus-„Schmuck“

In einem Orte im niederschlesischen Kreise Landeshut ließ sich ein Besitzer beim Scheunenausbau als Verzierung Sakenkreuze einmauern, damit man es einfach hat, festzustellen, wessen Grundstück der Betreffende ist. Wohin die Nazi-Verfechter nicht geht.

Wenn der Radikalismus liegt!

Steht am 24. April der Radikalismus, dann ist die Katastrophe da, und es wird noch viel schlechter werden, als es heute schon ist. Man denke an die Zeiten des Ruhrkampfes, an die Zerstörung der Wirtschaft, an die Verwüstung der Städte!

Genau so wird es wieder werden, wenn die Nationalsozialisten liegen und durch den Druck von neuem Papiergeld das vorhandene Geld entwertet und die Sparrer beraubt.

Dann bricht der deutsche Mittelstand endgültig zusammen. Das muß vermieden werden! Wir kämpfen deshalb gegen den Radikalismus, der unsere Staats- und Gesellschaftsordnung bedroht. Wir rufen das gesamte freie deutsche Bürgertum auf zum Zusammenschluß und zum entschlossenen Kampfe gegen alle zerstörenden Elemente.

Wir bekennen uns mit Stolz zu dem System Hindenburg und Brüning. Wir bekämpfen das System Götters, das System der großen Phrasen und der verbrecherischen Volksverhetzung. Setzt uns in diesem Kampfe!

Rettet Preußen!

Darum wählt Zentrum Liste 3

Alterspension und Altersruhegeld der Mitglieder früherer deutscher Knappschaftsvereine in Elsaß-Lothringen

Gemäß §§ 36 u. 58 des Reichsknappschaftsgesetzes erhalten Knappschaftlich versicherte Arbeiter und Angestellte Alterspension bzw. Altersruhegeld, wenn sie das fünfzigste Lebensjahr vollendet, dreihundert Beitragsmonate zurückgelegt und während dieser Zeit mindestens 180 Beitragsmonate wesentliche bergmännische Arbeiten verrichtet haben und keine gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichten. Diese Alterspension ist bisher anstandslos an die aus Elsaß-Lothringen verdrängten Bergleute ausgezahlt worden, welche Mitglieder früherer deutscher Knappschaftsvereine in Elsaß-Lothringen gewesen waren, unter Anrechnung ihrer Dienstzeiten in Elsaß-Lothringen vorstehende Voraussetzungen erfüllten und nach ihrer Verdrängung wieder bei deutschen Knappschaften versichert waren. Infolge einer grundsätzlichen Entscheidung des Reichsversicherungsamts, daß die bei den früheren deutschen Knappschaftsvereinen in Elsaß-Lothringen erworbenen Beitragszeiten auf die dreihundert- bzw. einhundertachtzigmonatige Wartzeit nach den §§ 36 und 58 nicht angerechnet werden können, hat die Reichsknappschaft die Bezirksknappschaften angewiesen, alle bisher an verdrängte Elsaß-Lothringer bewilligten Alterspensionen zum Ruhen zu bringen. Es betrifft dies nicht nur sämtliche früher in Elsaß-Lothringen Knappschaftlich versicherten Arbeiter und Angestellten, welche bis jetzt 50 Jahre, aber noch nicht 65 Jahre alt geworden und noch nicht ganzinvalid sind, sondern wird sich auch auf alle diejenigen auswirken, die in den nächsten 13 bis 15 Jahren das fünfzigste Lebensjahr vollenden und noch nicht 25 Jahre bei reichsdeutschen Knappschaften versichert sind. Wegen dieser in der jetzigen Notzeit doppelt schwer empfundene Ausnahmehandlung der in Folge der Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich aus dem früheren deutschen Reichsland verdrängten Bergleute hat der „Silsbund“ für die Elsaß-Lothringer insondere der Reichsarbeitsminister umgeändert diese unsoziale und politisch unverständliche Maßnahme auf irgend einem der vorgeschlagenen Wege wieder rückgängig machen veranlaßt.

Brühl und Umgebung

Brühl, den 22. April.

Die Wahlzeit am Sonntag

Zur Behebung von Zweifeln wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Abstimmung bei der Landtagswahl am Sonntag, den 24. April vormittags von 8 bis nachmittags 5 Uhr stattfindet. Die Wahl beginnt also eine Stunde früher und endet eine Stunde früher als bei der Reichspräsidentenwahl.

Achtung Wahlbezirk 3

Die Wähler dieses Bezirkes werden darauf aufmerksam gemacht, daß sich das Wahllokal nicht mehr in der Schule Clemens-Auguststraße, sondern in der Franziskus-Kirche befindet.

11 Bierpfennigstück wird eingezogen. Das im Sinne der Reichsbürgerversicherung geschaffene Bierpfennigstück wird, wie gemeldet wird, nicht weiter in den Verkehr kommen. Die bereits ausgegebene Menge wird daher wieder eingezogen. Bei der Herstellung wurde der Fehler gemacht, das Bierpfennigstück nicht nur hinsichtlich der Größe genau dem Markstück anzupassen, sondern auch auf der Rückseite mit genau dem gleichen Bild des Reichsadlers auszustatten, wie ihn die Silbermünze zeigt. Eine solche günstige Gelegenheit zur Mängelbeseitigung haben sich die Spitzbuben nicht entgehen lassen, und bevor noch eine größere Menge der Sparspfennige in Umlauf gebracht war, erschienen auch schon Stücke, die durch leichte Veräblichung in Markstücke verwandelt worden waren. Die ganze Prägung und ihre Kosten waren daher wertlos. Die Bierpfennigstücke mußten zurückgehalten werden. — Kurz war die Verwicklung.

••• Kierberg: Der Mühlenbach soll kanalisiert werden. Die Kanalverlegungsarbeiten werden laut Bekanntmachung vergeben.

Brüning über die Ursachen der Krise

„Gibt es irgendein Land in der Welt, wo wir nicht dieselben Schwierigkeiten sehen wie in Deutschland? Diese Dinge haben nichts mit dem „System“ zu tun; sie sind nichts anderes als der Ausfluß der Tatsache, daß es in den letzten Jahren in der ganzen Weltwirtschaft leider kein System gegeben hat.“ Reichstagskanzler Dr. Brüning in Hamburg am 7. April 1932.

Reich“ bei den ausländischen Reichsbehörden einbringliche Beschwerde erhoben. Er weist in einer ausführlichen Denkschrift nach, daß die Bestimmungen des Reichsversicherungsamts in den gesetzlichen Bestimmungen nicht begründete Fehlschlüsse sind und gibt Mittel und Wege an, wie die durch sie entstandenen unbilligen und unerträglichen Härten wieder gut gemacht werden können. Es ist zu hoffen, daß die Reichsregierung insbe-

Deutsche Volkspende für Goethes Geburtstätte

Mit dieser Ueberschrift wendet sich ein Ehrenauschuß, bestehend aus 115 im Rheinland wohnenden angesehenen Bürgern jeglichen Standes, in einem „Aufruf an die Rheinlande“ mit der Bitte um eine Geldspende zur Erhaltung des Goetheschen Geburtshauses in Frankfurt a. Main und der darin untergebrachten, zu einem Frankfurter Goethemuseum zusammengefügten Sammlungen. In diesem Aufruf heißt es unter anderem: „Das Haus des Dichters, Tausenden von Deutschen längst eine Stätte der Wallfahrt und ein ehrwürdiger Bezirk, entbehrt von neuem der Mittel zu seiner Unterhaltung. Eben jetzt müssen umfangreiche Erneuerungs- und Stützungsarbeiten durchgeführt werden, da der bauliche Bestand des Hauses sich als gefährdet gezeigt hat. Dazu liegt noch immer, was vielen Besuchern eine Quelle der Erhebung und Belehrung sein sollte, der köstliche Schatz von Meisterwerken unserer ersten Maler, von wertvollen Handschriften herrlicher Dichtungen in Gewölben und Speichern verborgen. Das Goethejahr 1932 muß helfen, dieses vergrabene Erbe trotz der Not der Zeit zu heben und retten.“ Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat durch Erlass vom 24. Nov. 1931 — mitgeteilt im Amtsblatt der Kölner Regierung vom 20. Febr. 32 — die Erlaubnis erteilt, zu Gunsten der Erhaltung des Goethe-Hauses und der Erweiterung des Goethe-Museums bis zum 30. Juni 1932 in den Städten der Rheinprovinz eine Hausammlung zu veranstalten. Mit dieser Sammlung sind Vertrauenspersonen beauftragt, die ihre Photographien in einer polizeilich beglaubigten Sammelliste nachweisen. Dierauf sei unter Empfehlung der Sammlung besonders hingewiesen.

Ein starkes Zentrum in Preußen tut not!

„Die Preussische Zentrumsfraktion geht allem Anschein nach 1932 einem ungewöhnlich schweren Wahlkampf entgegen. Von unseren Gegnern ist er gedacht als die kommende Offensive, die dem Rechtsradikalismus durch und über Preußen die so heißersehnte Macht im Reich endlich bringen soll. Dazu darf es nicht kommen, wenn unser Volk bei dem zwar bornenvollen, aber sicheren Weg zum Wiederaufstieg, auf dem es von Brüning mit unerbittlicher Festigkeit geführt wird, nicht um Jahre zurückgeworfen werden soll. Und es wird nicht dazu kommen, wenn unsere Preussenfraktion stark und ungezwungen aus dem Wahlkampf hervorgeht. Es gilt, der Preussenfraktion des Zentrums eine Position zu sichern, daß man nicht an ihr vorbeiziehen und ohne sie keine Rechnung machen kann. Darin besteht für uns der Sinn und das Ziel des bevorstehenden Kampfes. Der Kampf um Preußen wird nicht nur dem Jahre 1932 die politische Signatur aufdrücken. Es wird darüber hinaus für den gesamten politischen Kurs der Zukunft von ausschlaggebender Bedeutung sein.“

Dr. Gey, Vorsitzender der preussischen Zentrumsfraktion.

Brühler Sportverein e. V. Jugend. Die A1 Jugendmannschaft trägt Sonntag das 3. Pokalspiel um die Meisterschaft im Gau Köln aus. Gegner ist Rhensia. Anstoß 11.15 Uhr im Stadion. Die A2 fährt zum Gesellschaftsspiel gegen Viktoria Köln. Abfahrt per Rad 9 Uhr ab Markt. Anstoß 10 Uhr auf dem Viktoriaplatz an der Ringstraße. Die Mannschaft spielt wie folgt: Theobald, Krollen, Krüger, Müller, Berg, Kluth, König, Klandt, Doll, Eul, Dausenbach.

Freier Turn- und Spielverein Brühl. Morgen, Samstag, hat der Freie Turn- und Spielverein den Ballspielverein Kierberg zu Gast. Aufstellung der 1. Mannschaft: Schul G., Grandt, Schmitz Fr., Dejer Fr., Kriebel, Mertens, Berchungen S., Dejer B., Falter, Mandt M., Schmitz S. Anstoß 15 Uhr im Stadion.

F. C. Viktoria Grühlwerk. Am Sonntag geht Viktoria Grühlwerk zum letzten Meisterschaftsspiel nach Rendenich. Rendenich verfügt auch über gute Kräfte und ist auf eigenem Platz schwer zu schlagen. Abmarsch der Spieler 14 Uhr ab Vereinslokal. Anstoß 16 Uhr. Aufstellung: Eibl Jos., Schlegelmann Wil., Willems Willi, Karl Andr., Birl Franz, Altenfeld Willi, Willemschmidt Jos., Willems Otto, Eibl Max, Gruber Ludwig, Weber Joh. Die 3. Mannschaft von Grühlwerk spielt ebenfalls in Rendenich gegen Rendenich 2. Mannschaft. Anstoß 14.30 Uhr. Aufstellung: Willems Theo, Krämer Matth., Schönmann Jos., Roth Franz, Sitor Jos., Schlegelmann Jos., Schlerth Ferd., Birl Wilh., Geiselbecker Jos., Eibl Karl, Weiler Herm.

Marktbericht der Versteigerungs-Zentrale

landwirtschaftlicher Erzeugnisse, Rendsdorf, am Güterbahnhof, vom 21. April.

Es kosteten: Kartoffel 3.40—3.90, Zwiebel 12.40, rote Mören 1.34—4.80, Rhabarber 11.80—12.30, Rosenkohl 1.12—1.30, II 4.90—6.70, Feldsalat 5.10—6, Spinat 2—3.40, Schnittgemüse 9.10—10.40, Schnittlauch 2.30 bis 3.20, Kefel 1.90—12.80, II 5.20—7, Rabies 5.50—6.30, Petersilie 6.10—8.20, Porree 1.34 bis 5.90, II 1.60—2.20, Sellerie 1.26.70—30.60, II 11.20—15.70, Butter 1.12—1.18, Eier 6.50 bis 6.80, Faustkäse 6.10—6.60. Die Preise verstehen sich je 100 Pfund, Gebund oder Stück. Versteigerungen Montags, Dienstags und Donnerstags ab 14 Uhr.

Ueber das System

„Mein System hat mit Ihrem System und mit der Darstellung nichts zu tun. Mein System ist das eine, daß ich die sachlich notwendige Linie beschreibe ohne Rücksicht darauf, was mit mir und meiner Partei politisch wird, daß ich nur daran denke, daß deutsche Volk in diesem furchtbaren schweren Kampfe so zu führen, alle Maßnahmen einheitlich aufeinander einzustellen und schrittweise an die jeweilige außenpolitische Situation anzupassen, daß wir diesen Kampf mit Ruhe durchhalten können.“

Dr. Brüning an die rechtsradikale Opposition in der Reichstagsrede vom 25. Februar 1932.

Liebevolle Mütter

verwenden für ihre Kinder Penalen-Creme, denn Dr. med. H. C. Kinderarzt i. B. schreibt: „... ich habe auch das hartnäckigste Wundsein mit Penalen-Creme zur Heilung gebracht.“ In Apoth. u. Drogerie „Dose 30, 54, 108

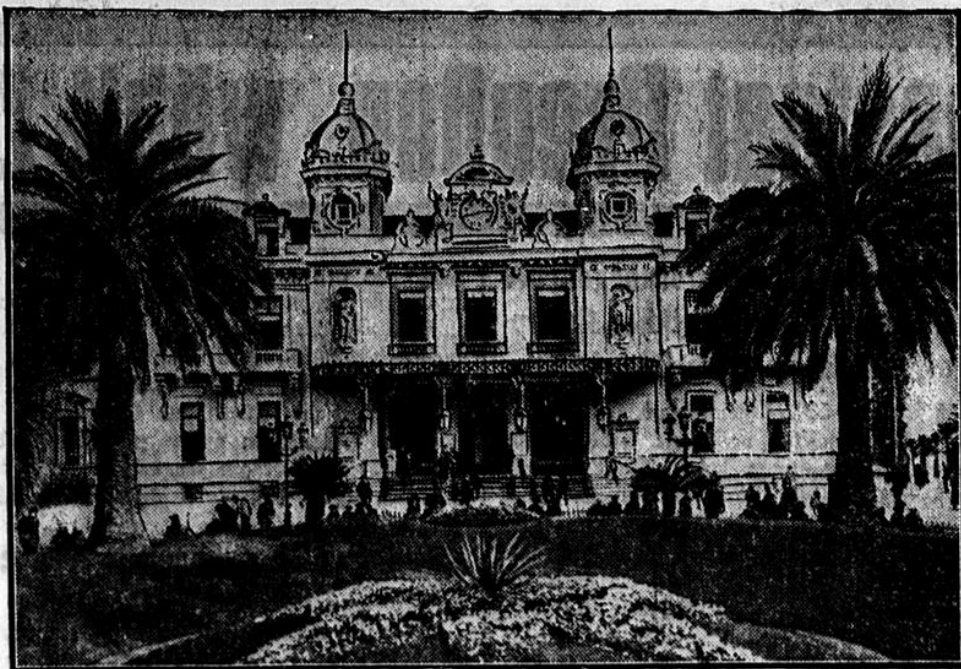


Heilmittel Honig

Rein Nahrungs- und Genußmittel findet so vielseitige Anwendung wie der Honig. Ganz markant weist in seiner Kulturgeschichte der Menschheit Bippert darauf hin, daß, ähnlich wie auf der einen Seite das Salz, auf der anderen Seite der „Speisevorrat im Bienenstock“ wichtigst für die Ausfüllung der Lebensfürsorge war. Erst war es der wilde Honig, den man einsammelte. Mit dem Fortschreiten der Kultur verschwand dieser Reichtum, wobei aber der Übergang zur Züchtung von Bienen nicht gleichen Schritt mit der bedingten Einschränkung hielt. Es lag darum nach, das Stück eines hohlen Baumes, das die Bienen besiedelt hatten, abzutrennen und innerhalb des Hofgeheges als „Beute“ aufzustellen. Solche „halbkünstliche“ Bienenstöcke kannten die Römer und Griechen, aber sie waren von einer rationellen Bienenzucht noch weit entfernt. Nach germanischem Volksrecht sicherte man sich durch Zeichnung eines Baumes, in dem sich ein Bienenstock befand, das Findex und Besitzrecht.

Nach Vorstellung der Dichter lebten die Menschen im „goldenen Zeitalter“ nur von Honig. Diese Vorstellung haben die Griechen und später die Deutschen in dem Märchen vom Schlaraffenland übernommen. Den klassischen Völkern diente Honig sowohl als Trank wie als Speise. „Nektar“ und „Ambrosia“ sind nur andere Worte für „Honig“ und „Honigtrank“ (Meth). Nach einer uralten Legende soll Dionysius in Griechenland den Genuß des Honigs entdeckt haben.

Schon in ältesten Zeiten war der Glaube vorhanden, daß Honig fördernde Kraft enthält für die menschliche Gesundheit. Der weise Demokrit beantwortete die Frage, wie man den Körper frisch und gesund erhält, bei Schlaganfällen, bei Krampfschüben



Auch Monte Carlo von der Krise ergriffen

Zum ersten Male ist in der Geschichte von Monte Carlo der Fall eingetreten, daß das Kasino keine Dividende zahlt. Während noch im vorigen

Jahr 100 Prozent Dividende ausgeschüttet werden konnten, sind in diesem Jahr die Einnahmen so gering, daß die Aktionäre leer ausgehen müssen.

den und bei Augenleiden angewendet. Arzneimittel und gesund erhalte, mit den Worten: „Wenn man außen Öl und innen Honig annimmt!“ Als Arzneimittel war der Honig schon im Altertum weit verbreitet. Er wurde gegen Fieber, innere Ent-

tel ist der Honig das ganze Mittelalter hindurch geblieben und hat noch heute in diesem Sinne vielfache und berechtigte Anerkennung. In einem nordischen Lied von dem „Weltvögelchen Biene“ wird gezeugt:

Flieg in den Keller des Schöpfers,
In des Unmöglichen Vorratskammer,
Bring' Arznei mit deinen Flügeln,
Honig gegen Schmerzen und Wunden!

Für Neugeborene und Kinder gilt Honig als Mittel, um Kraft und Weisheit zu erlangen. Dem neugeborenen Gotte Zeus, dem obersten Gotte der Griechen, soll eine Biene Honig als erste Nahrung gebracht haben. Bei dieser Gelegenheit soll, der Sage zufolge, der Honig auf die Erde getropft sein. Die alten Hebräer und Ägypter gaben den Neugeborenen als ersten Nahrungsbissen Honig, damit die Kinder klug, verständig und fromm werden sollten. Auch die ersten Christen wählten als Taufgerichte Honigseifen und Honigtrank.

Nicht nur als Kult-, Nahrungs- und Heilmittel wurde Honig geschätzt und begehrt, auch bei der Kunst des Einbalsamierens spielte er eine wichtige Rolle. Ägypter, Sitten und Perjer verwendeten, um Leichname vor dem Verwesung zu schützen, Honigbäder. Die alten Ägypter, die Meister der Einbalsamierungskunst, hatten vom Orient eine Methode übernommen, nach der sie die Leichen mit Wachs überzogen und dann in Honig gefüllte Särgen legten.

Kauft nur

Deutsches Obst und Gemüse

Verantwortlich: Peter Decker, Brühl.
Notationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“
Buchdruckerei P. Decker GmbH, Brühl.

Bergebung von Kanalarbeiten

Zur Kanalisierung des Mühlenbaches in Kierberg sind die Kanalverlegungsarbeiten zu vergeben. Angebote, die auf dem Bauamt Brühl-Land erhältlich sind, werden bis spätestens Freitag, den 2. April an den Gemeindevorsteher Trauer in Seibe erbeten.

Brühl, den 22. April 1932.

Der Bürgermeister
von Brühl-Land
i. V. Seibender.

Gebrauchte, jedoch nur gut erhaltene

Möbel

übernimmt laufend in Auftrag
für Versteigerungen

Math. Zirkus

Auktionator u. beidseitiger Sachverständiger
für den Amtsgerichtsbezirk Brühl.
Böningergasse 25. Telefon 2632

Anstreicher-Arbeiten

Alle vorkommenden Maler-, Anstreicher- und Tapezier-Arbeiten werden sauber und preiswert ausgeführt.

Friedrich Erner, Tiergartenstr. 15
Maler- und Anstreichermeister.
Früher Bion & Erner.

Saatkartoffeln Juli-Nieren

Original-Saat u. 1. Absaat
Industrie Originalsaat erste Abfaat.
Sämtliche Klee- und Grasamen.

H. ZAVELBERG

Samenbau — Brühl — Steinweg 13-19.
Fernruf 2633.
Vogelfutter — Fischfutter — Hühnerfutter.

Architekt Hans F. Kerber

Bauunternehmung
Mödrath, - F. Amt Tünnich 505

Entwurf — Bauleitung — Ausführung
Billigste Preise

Zinsoberlohnung
finden Sie hier eine kleine
Anzeige in dieser Zeitung.

Ingenieurschule Lage
Elektrotechnik, Maschinenbau,
Automobilbau, Flugzeugbau,
Heizungsbau, Kältetechnik,
Landw. Masch., Radiotechnik
(Lehrpläne) anfordern

Wohnung

2, 3 oder 4 Räume zu
vermieten.
Kierberg,
Bahnhofstr. 5.

Land

zwischen Gemeinde Badorf und Schwadorf zu
kaufen gesucht.
Wo hat die Gef. 701.

Eröffnung

Samstag, den 23. April eröffnen
wir das

Restaurant Kölner Hof

Kölnstr. 14 vormals Heinr. Bendermacher.

Auf Grund langjähriger, diesbezüglicher
Berufstätigkeit sind wir in der Lage, all
den uns beehrenden Gästen in Bezug auf
Speisen u. Getränke nur Gutes zu bieten.

SAMSTAG und SONNTAG Konzert

unter Mitwirkung des rhein. Liedersängers
u. Heldenentors Mich. Haas, Düren.

Zum Ausschank gelangt:

Brühler Pilsener — ff. Weine u. Liköre.

Wilhelm Keldenich und Frau

Im Frühling

bekommt das Geschäftsleben neuen Auftrieb. Neue Bedürfnisse hat das kaufende Publikum, neue Angebote erwartet es im ANZEIGENTEIL der Brühler Zeitung

Achtung!

Autobesitzer und Garagen

Zylinderschleifen mit Kolben, Bolzen,
Ringe mit oder ohne Montage in meiner
Werkstatt mit eigenen Maschinen und
Apparaten.

Garage Mörriger, Brühl Kölnstraße 71 Fernruf 2553 Fahrschule

Kupin-Creme u. Seife

vorzügliches Hautpflegemittel
seit Jahren glänzend bewährt
bei Flechte,
Jucken,
Ausschlag, Krätze, Hämorrhoiden,
Hautschäden, Wundsein u. a. m.

Zu haben: Wobren-Dro-
gerie B. Schmitt,
Kölnstraße 15.

Waggons
Industrie-
Saatkartoffeln
eingetroffen
RM 5.50 pro Zentner
frei Haus.

Theo Vering,
Kartoffelgroßhandlg.
Badorf-Brühl
Fernruf 2794.

Gut erhalt. tiegebauter
Kinderwagen
billig zu verkaufen.
Sportwagen
zu kaufen gesucht.
Kölnstraße 306.

Schönes
Grundstück
in der Kienmühlstraße zu
verkaufen.
Beideid: Mayer, Köln-
Klettenberg, Damer-
straße 1.

Serren-Mah-
Oberhemden
fertig an
Antonie Schuster,
Markt 6, 1. Etage.

Umgangshalber
2 Schlafzimmer
(hell Holzbaum), Nach-
schlafzimmer (Mabagoni) u.
Schrank zu verkaufen.
Brintmann, Kaiserstr. 14.

1 Kinderwagen,
1 Kinderbadewanne
zu verkaufen.
Zu erf. in d. Gef. 699.

Mod. Kinderwagen
und Kinderbetten
preiswert zu verkaufen.
W. f. d. Gef. 700.

300-400 RM
geg. gute Sicherheit zu
leihen gesucht.
Off. unt. u. B 2181 a. Gef.

Gofort Geld
erhalten redegewandte
Kette beim Verkauf von
Zutermitteln.
Kreuer, Düsseldorf,
Schleichbach 143.

Gut erhaltenes
Damenfahrrad
gegen Reparaturen zu
tauschen gesucht.
Z. erf. i. d. Gef. 702

Die Verleumdung
welche ich gegen die
Fräulein Anna Krieger
aus Bingsdorf gemacht
habe, nehme ich hiermit
als unwahr zurück.
Katharina Link.

Apollo-Theater

Meine Damen und Herren

Wir bringen in dieser Woche den
schönsten Film der Saison:



Liebes- Kommando

Das beste und lustigste Lustspiel der
Gegenwart mit
Doil Haas
Gustav Fröhlich

Die Tages- u. Fachpresse ist sich einig:
Hier eine unglaubliche
Ueberraschung!

Der beweglichste und amüsanteste
Militärfilm
„Ich möchte einmal wieder verliebt sein“
ist der Anfang eines reizenden
Schlagers

Kamerad, wir sind die Jugend,
Kamerad, wir sind die Zukunft!
ist der Anfang eines Marschliedes aus

„Liebeskommando“

Das Tagesgespräch deutscher
Filmkunst. Dazu im Beiprogramm
LISSA ARNA in

Die Maske fällt

Mandolinclub

„Loreley“ Pilsdorf.
Samstag, den 23. April,
abends 8.30 Uhr.
im Stammlotale

Berammlung

Das Erscheinen all. Mit-
glieder ist dringend erfor-
derlich. Der Vorstand.

2 Häuser

beide 9 Zimmer, gegen-
über, billig zu verkaufen.
Offert. unter B 2 333
an die Geschäftsstelle.

Brühl

Geschäftshaus

mit 7 Zimmern, Küche
und Stallung in bestem
Zustande zu verkaufen
oder per sofort zu ver-
mieten. Beiseid:

Kaufhaus Brühl
Fernr. 2323 Ulfstr. 14

Schönes Zimmer

möbl. oder unmöbl.
zu vermieten.
Kölnstraße 105.

Privat-fiaus

in ruhiger Wohnlage
Brühl, 11 Räume mit
schönem Garten ganz od.
geteilt sofort zu vermieten.
Zu erf. i. d. Gef. 698.

Zuverl. propere Frau
mit guten Empfehlungen
sucht für halbe Tage

Stundenarbeit

Gef. Adressen unt. Stun-
denarbeit an die Gef.

Mädchen

20 Jahre in all. Hausarb. sowie in
Nähen u. allen Handarb.
erfahren sucht Stelle im
Haushalt.

Offert. unter Z 3 335
an die Expedition.

Junges, fauberes Mädchen

für 1. 5. 32 gesucht.
W. sagt die Gef. 697.

Mädchen

17 J., welches im Nähen,
Sticken etc. bewandert ist
sucht Stelle im Haushalt.
Off. u. Z 3 334 a. d. Gef.

Der Katholik und die Preußenwahlen

Von unserem eigenen römischen Mitarbeiter:
Seit den Tagen Leo's XIII. ist die Stellung des katholischen Christen zum Staat und öffentlichen Leben nicht so ins Einzelne gehend und allseitig umschrieben worden, wie in den letzten Jahren durch die Enzyklika Pius XI.

Die deutschen Gläubigen haben es sich immer als eine Ehrenpflicht angerechnet, durch die von ihnen erwählten Volksvertreter die in den Enzykliken festgelegten Grundzüge zur Richtschnur ihres politischen Willens und Handelns und damit Ausdruck des deutschen katholischen staatspolitischen Gesamtwillens werden zu lassen.

In Rom weiß man das, und keine deutsche Partei kann sich solcher Anerkennung von kirchlich-autoritativer Seite erfreuen, wie das deutsche Zentrum und die Bayerische Volkspartei.

Es braucht hier nicht wiederholt zu werden, was von maßgebender römischer Seite mehrfach klar über die Erlaubtheit und die Grenzen der Koalitionspolitik gesagt worden ist.

Wo die Katholiken, wie in Preußen, in der Minderheit sind, kann man, soweit Glauben und Dogma nicht angetastet werden, ein Zusammengehen mit anderen politischen und weltanschaulichen Kreisen zum Wohle des Staatsganges nicht vermeiden.

Daher dabei Gutes nicht nur für Staat und Wirtschaft, sondern auch für die katholische Kirche, die katholische Schule und Kultur erwachsen kann, hat unter anderem der Abschluß des preußischen Konfessionsbundes wie so mancher Fortschritt im neuen Preußen erwiesen.

Die Gegner des Zentrums brauchen sich keine große Mühe zu geben, die gute Katholizität des Zentrums in Zweifel zu ziehen. Mit einem noch so großen Aufwand an Druderschwärze werden sie es nicht fertig bringen, das Zentrum anzuschwärzen. Man wird sie immer auf dem Hintergrund dessen beurteilen, was sie selber „Besseres“ zu bringen haben. Diese Kritiker sitzen heute zumeist entweder bei den Nationalsozialisten oder beim Rekt der Deutschnationalen.

Die Nationalsozialisten sind den Katholiken durch die Bischöfe ausdrücklich verwehrt, mit guten und von Rom durchaus gebilligten Gründen.

Die Deutschnationalen aber können weder auf Grund ihres Programms noch ihres Verhaltens den Anspruch erheben, den katholischen Grundforderungen und Mindestansprüchen auch nur auf irgendeinem Gebiet gerecht geworden zu sein. Sie haben das preußische Konfessionsbündnis abgelehnt, wie sie auch gegen die katholischen pädagogischen Akademien waren, um nur zwei Punkte herauszugreifen.

Wenn jetzt wieder deutschnationale Anführer ihre gegen das Zentrum gerichteten Schreie nach Rom lancieren, wobei nun auch die Schulpolitik des Zentrums unter Messer genommen wird, so mögen sie sich gefast sein lassen, daß das alles vergebliche Liebesmühe ist, solange sie nicht durch die Tat einen besseren Weg aufzuzeigen vermögen. Im übrigen erscheint es unsäglich, wie heute noch die Deutschnationale Volkspartei für irgendjemand etwas Anziehendes und Verheißungsvolles haben kann. Ganz besonders aber mühte sie für überzeugungstreue Katholiken nun endlich erledigt sein.

Selten ist der Zeitpunkt für eine große Zusammenfassung aller katholischen Kräfte im öffentlichen und politischen Leben so günstig gewesen wie jetzt!

Das sollte jeder Wähler bedenken. Selten ist es aber auch so nötig gewesen wie jetzt, durch eine Konzentration aller katholischen Stimmen den katholischen Lebenswillen und

den katholischen Rechtsanspruch zu demonstrieren.

Die Leitfäden der preußischen Bischöfe für die Preußenwahlen haben in Rom ein freudiges Echo gefunden.

Sie sind eine Tat, die deren hoher Verantwortung durchaus würdig und gemäß ist. Auf sie mögen die Kritiker des Zentrums daraus die Lehre ziehen, daß sie sich mit diesen ihren Oberhirten ins Benehmen setzen sollen, wenn sie glauben, Ausstellungen machen zu müssen. Die Geschlossenheit des bischöflichen Vorgehens ist zugleich eine Unterbrechung der Bedeutung dieser Mahnung.

Was wird von den Kandidaten, denen Katholiken ihre Stimmen anvertrauen können, verlangt?

„Eintreten für Frieden und soziale Wohlfahrt des Volkes, für den Schutz der konfessionellen Schulen, der christlichen Religion und der katholischen Kirche.“

Und an die Gläubigen ergeht die besondere Mahnung:

„Schöpfet eure Belehrung aus bewährten katholischen Blättern.“

Wenn schon die Gläubigen ihre Belehrung nicht aus jener nichtkatholischen Presse und dem mit ihr verbundenen Schrifttum schöpfen, sollen, wieviel weniger werden es die Oberhirten und ihre Berater tun?

Man sollte es darum aufgeben, in so ernster Zeit die Kräfte zu zersplittern und — selbst in guter Absicht — fruchtlose und schon deshalb schädliche Experimente zu machen.

Wie hat der scheidende Nuntius, der werdende Kardinalstaatssekretär Pacelli die Zentrumsfraktion des preußischen Landtags, jeden einzelnen Abgeordneten in ihr, mit Anerkennung bedacht; in wie herzlicher Weise hat er immer wieder seinem Dante Ausdruck verliehen!

Glaubt man wirklich, das alles wäre geschehen, wenn der mindeste Zweifel an der guten Katholizität des Zentrums bestünde? Glaubt man wirklich, man liege kirchlicherseits eine solche Partei und ihre Fraktionen im Inn-

Die Oberhirten an die katholischen Wähler

Fulda, den 11. April 1932.

Die bevorstehenden Wahlen der Abgeordneten zum preußischen Landtag sind nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch wegen des Einflusses der gesetzgebenden und Regierungsgewalten auf Förderung und Schutz der religiösen Interessen und Stellung der Kirche im öffentlichen Leben von großer Bedeutung.

Das legt allen katholischen Christen die Pflicht auf, von ihrem Wahlrechte Gebrauch zu machen, wie es der Verantwortung des treuen Staatsbürgers und treuen katholischen Christen entspricht.

Wählt Abgeordnete, deren Charakter und erprobte Haltung Zeugnis gibt von ihrem Eintreten für Frieden und soziale Wohlfahrt des Volkes, für den Schutz der konfessionellen Schulen, der christlichen Religion und der katholischen Kirche.

Hütet euch vor Agitatoren und Parteien, die des Vertrauens des katholischen Volkes nicht würdig sind! Schöpfet eure Belehrung aus bewährten katholischen Blättern!

Das ist die Mahnung eurer Bischöfe, die nicht den politischen Parteikampf in das Heiligtum der Kirche tragen wollen, doch an Ereignissen, die für Vaterland und Kirche von sehr tiefer Bedeutung sind, nicht ohne ein Wort der Mahnung vorübergehen wollen.

Die Oberhirten der Diözesen Preußens

Für die Erzdiözese Köln:

Karl Joseph Kardinal Schulte,
Erzbischof von Köln.

klaren über den Wunsch der Kirche in den Fragen des Glaubens, der Sitten, der Erziehung und verwandter Gebiete?

Der Wähler kann schon mit gutem Gewissen seine Stimme dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei geben, weil er dadurch allein die Gewissheit hat, Abgeordnete zu wählen, die den Anforderungen seiner Bischöfe und damit der Kirche entsprechen.

Länderwahlen und Angestellte

Von Otto Gerig, MdR., Vorsitzender des Reichsangestelltenbeirates der Deutschen Zentrumspartei.

Der 24. April ist für Preußen, Bayern, Hamburg, Württemberg und Anhalt ein Großwahltag. Es wäre töricht, wollen wir die Wichtigkeit dieser Wahlen verlernen. Das Streben der Oppositionsgruppen konzentriert sich auf die Hoffnung, durch eine Vormachtstellung in den Ländern zur Machtergreifung im Reich zu gelangen. Wir halten es für mehr als zweifelhaft, daß solche Träume in Erfüllung gehen. Wie auch das Wahlergebnis lauten mag: ein starkes Zentrum wird es zu verhindern wissen, daß eine Willkürherrschaft beginnt. Die ungeschulte Auffassungswelt aber, die immer wieder in weitesten Wählerkreisen sichtbar wird, macht es uns zur Pflicht, davor zu warnen, daß wir im zuversichtlichen Glauben an unseren Sieg verfallen, den Kampf mit reinen aber scharfen Waffen auszutämpfen.

Es geht diesmal um eine Entscheidung, deren Bedeutung nicht zu unterschätzen ist. Gerade viele Angestellte werden diese Einsicht gewonnen haben; ihr tägliches zeitloses Berufsleben bringt ihnen das Verständnis politischer Zusammenhänge nahe. Sie werden zugeben, daß gegenüber normaleren Zeiten die bevorstehenden Länderwahlen ein geradezu schicksalhaftes Gepräge haben.

Schon wenige Blicke in politische Versammlungen und Kundgebungen genügen, um den

großen Unterschied zwischen Einst und Jetzt zu erkennen. Bei früheren Wahlkämpfen wurde abgerechnet über Wert oder Unwert vergangener Landespolitik. Dadurch blieb manches böse Wort unausgesprochen. Das Durcheinander der jetzigen gärenben Zeit wirkt aber Begriffe zusammen, die sachlich nichts miteinander gemein haben. Seitdem das Wort „System“ erunden ward, scheint es aus „nationalen“ Gründen selbstverständlich zu sein, Grenzen zu verwischen, um nur das eine Streben, Herrschaft im Reich, zu befriedigen.

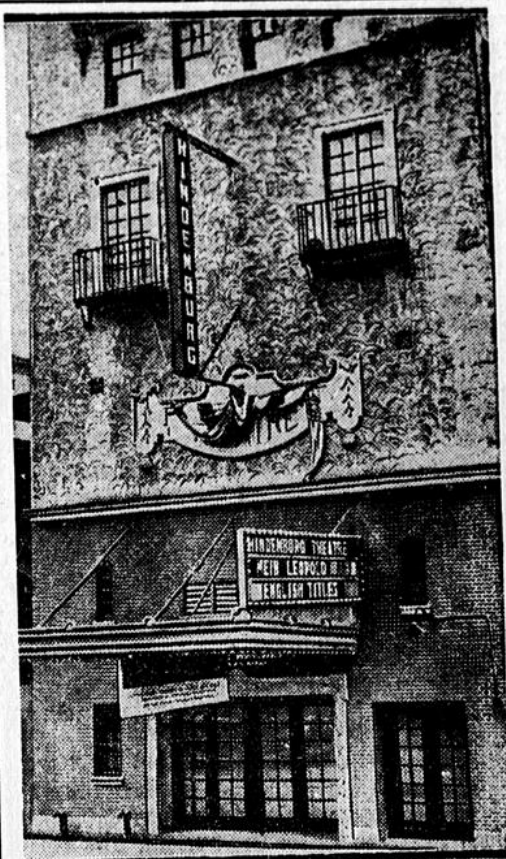
Wir wollen nicht untersuchen, ob die Möglichkeit bestünde, daß aus der rechtsradikalen Minderheit (von ganz links zu schweigen!) der Block der 51 Prozent werden könnte. Wenn die Nationalsozialisten unter Benutzung demokratischer Kräfte durch den Stimmzettel legitimiert werden wollen, eine Alleinherrschaft anzutreten, dann werden sie wohl ewig warten müssen, bis ihre Führer im Reich staatsmännische Qualitäten entfalten können.

Es wird nichts so heiß gegessen, als es gekocht wird. Der unbestrittene Wahrheitsgehalt dieses Wortes hat auch im Bereich des politischen Anwendungsfalles. Trotz dieser für friedliebende Bürger freundlichen Aussicht würde es falsch sein, wenn die Verfechter echter christlicher Politik die Hände in den Schoß legten und höchstens bereit wären, ihrer Wahlpflicht zu genügen. Sie hätten dann zwar gegenüber den Unentschiedenen viel gewonnen, die abseits stehen und ihren Unmut durch Stimmenthaltung Luft zu machen suchen. Wirkliche Aktivität fordert aber mehr! Ist es denn so mühevoll, bei aufstrebenden Kluten demagogischer Wahlhege die Gefahr zu sehen, daß doch einmal die Dämme der Ordnung reißen könnten? Die Risse müssen dann von opferbereiten Pionieren unverzüglich vermauert werden, damit die Flut nicht durchbringe und Jammer und Elend verbreite, wo vordem beides Glück wohnte.

Was bedeutet es bei dieser nicht gefährlosen Lage, wenn Berufsständchen gegenüber Interessenswünsche eingeklemmt werden? Das große Ganze ist bedroht! Soll es erliegen? Und dann: bedeutet es nicht ehrenvolles Befestigen, wenn mit Stolz auf die Geschichte verwiesen wird, die die Zentrumspartei als treu erprobte Führerin deutscher Sozialpolitik sieht? Hat es diese Partei notwendig zu beweisen, daß sie sozialer Not Verständnis entgegenbringe? Die dem Reichsangestelltenbeirat der Deutschen Zentrumspartei verbundenen Angestellten kennen ihre Aufgabe zu rufen und zu werden, aufzurütteln und nicht müde zu werden, ihre Freunde und Kollegen zu veranlassen, der Partei des sozialen Ausgleichs, der Zentrumspartei, ihre Stimme zu geben. Sie

begrüßen es mit Freude, daß die Spitze der preußischen Zentrumspartei einem ihrer Berufscollegen eine ausrichtende Stelle auf der Kandidatenliste zuerkannt. Sie haben davon aber nicht ihr Mittum in der Partei abhängig gemacht und damit bewiesen, daß sie sich in das Gesamterfordernis einordnen. Wenn weiter die Hamburger Zentrumspartei von zwei Sitzen, die sie bisher in der Bürgerchaft innehatte, einen einem Angestellten geben will, dann wird sie wissen, daß dieser Angestellte sehr wohl geeignet ist, immer und stets zuerst das Wohl der Allgemeinheit zu sehen.

Der Reichsangestelltenbeirat der Deutschen Zentrumspartei ruft alle auf christlichem Boden stehenden Angestellten auf, am 24. April nicht zu zagen und zu schwanken, sondern die Risse der Zentrumspartei zu wählen. Sie tragen dann mit dazu bei, daß die Ausbaurbeit der Reichsregierung nicht gestört wird und unser Volk bessere Tage erlebt.



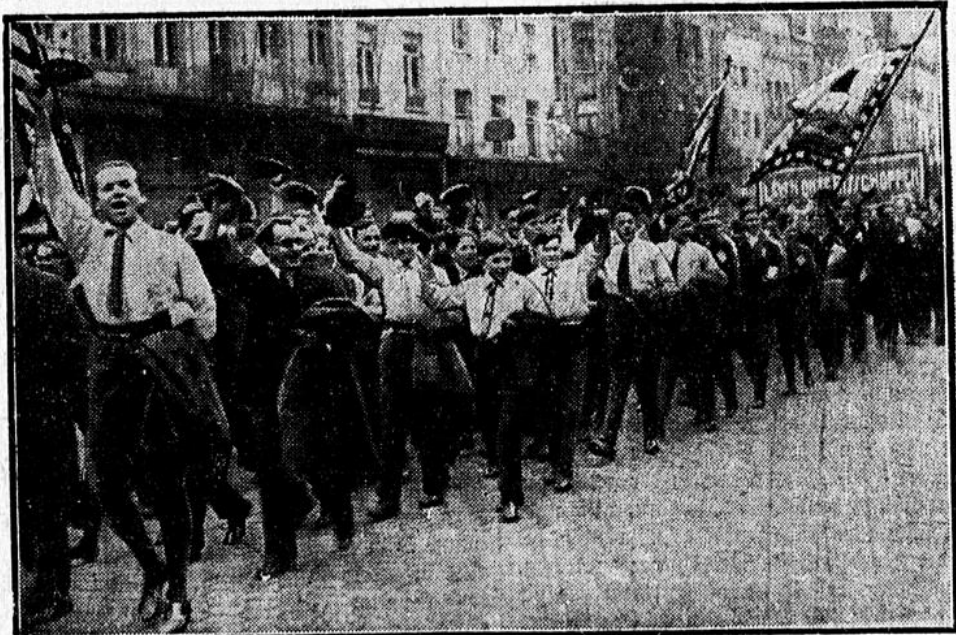
Gindenburg-Kino — in New York

In der 48. Straße in New York ist ein Kino eröffnet worden, das den Namen des Reichspräsidenten trägt.

Mit „Haarglanz“:

vollkommene Haarpflege!

Schwarzkopf-Haarglanz ist das hygienisch notwendige Stärkungs- und Verjüngungsbad nach der Kopfwäsche. Er neutralisiert die Alkalien. Er zieht das gequollene Haar wieder zusammen — er adstringiert es — und läßt es schneller trocknen. Dadurch gewinnt das Haar seine natürliche, jugendliche Straffheit wieder. Es beweist seine neugewonnene Festigkeit und gänzliche Reinheit durch den strahlenden Glanz. „Haarglanz“ liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfg., grüne Extra-Packung mit Schaumbrille 27 Pfg.



Vom Freiheitskampf der Flamen

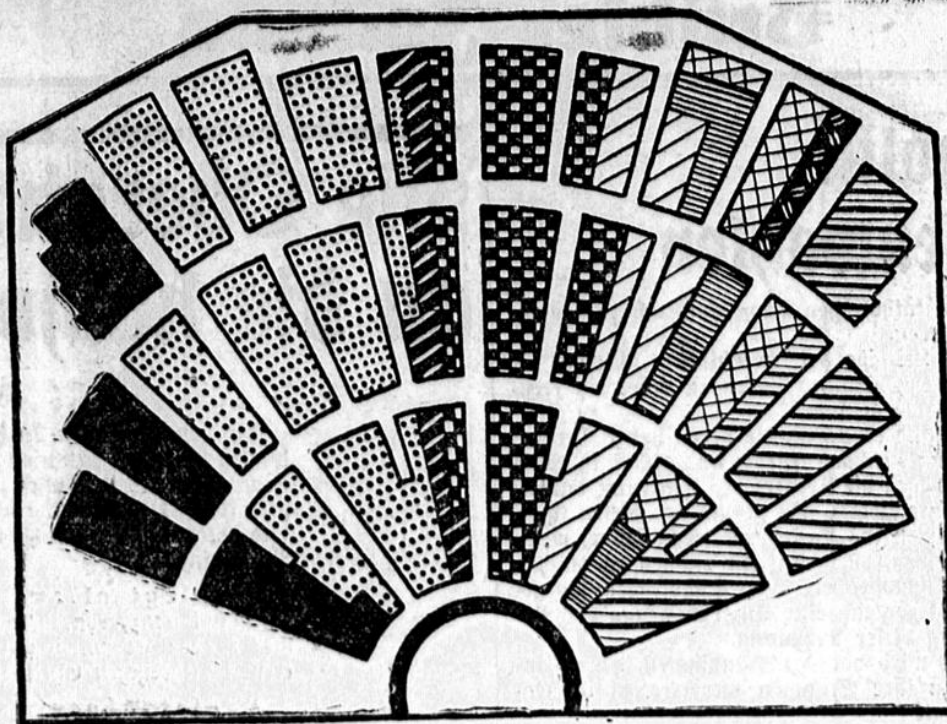
Ein Demonstrationsszug von 10 000 jugendlichen Flamen durchzieht die Straßen Antwerpens, um ihren Protest gegen eine Regierungsmaßnahme zum Ausdruck zu bringen.

Schutz dem deutschen Holz

Nicht unbeachtet darf der Gegensatz in der Auffassung bleiben, die man leider noch immer in Deutschland und Frankreich in der Frage der Holzeinfuhr einnimmt. In Frankreich hat man diese nicht nur seit August vorigen Jahres in rigorosster Weise kontingentiert, sondern, wenn bei den Lieferungen in dem ersten Quartal dieses Jahres noch ein Auge zugedrückt wurde und mehr durchgelassen ist, als das Kontingent erlaubt, so wird dieses jetzt rücksichtslos in der zweiten Quartalshälfte zur Anrechnung gebracht. Ja selbst die durch ältere Sachlieferungsverträge nach Frankreich von uns zwangsmäßig zu liefernden Holzmen-gen sind auf das Kontingent verbucht, sobald jetzt im zweiten Quartal dieses Jahres so gut wie gar kein Holz mehr über die Grenze nach Frankreich kommt. Auch die Einfuhr von Möbeln ist nach Erschöpfung des Halbjahres-Kontingents restlos gesperrt. In Frankreich soll nur Holz aus eigenen Wäldern an den Markt kommen, damit die Forsten wieder rentabel wirtschaften können. Und bei uns? Der „Baukurier“ weiß wieder einmal eine Nachricht zu bringen, nach der für den Neubau der Orts-transtrasse Offenbach deutsche Kiefern zur Herstellung der Fensterrahmen nicht verwendet werden dürfen. Nehmliche Lieferungsbedin-gungen sollen von der Gemeinnützigen Al-tien-Baugesellschaft in Köln ausgeschrieben sein. Solange die deutsche Regierung solche „Ausföhrungen“ amtlicher oder mit öffent-lichen Mitteln unterstützter Stellen überhaupt duldet, ist es wichtig, daß derartige Fälle stets sofort sehr deutlich „angemahnt“ werden. Als der Landbund Provinz Sachsen letzthin davon hörte, daß die Tischlerarbeiten für die Klein-siedlungen der Stadt Leipzig vom dortigen Hochbauamt auch nur unter der Bedingung „Verwendung von polnischer Kiefer“ aus-geschrieben seien, wandte er sich sogleich an den Oberbürgermeister von Leipzig, den jetzigen Preisoberkommissar Goerdeler, der sogleich da-für sorgte, daß die Ausschreibung entsprechend geändert wurde und dem Landbund in einem persönlichen Schreiben mitteilte, daß die Be-dingung der „Verwendung polnischer Kiefer“ nur auf ein höchstbedauerliches Versehen zu-rückzuführen ist. Es heißt also stets aufmerk-sam und rechtzeitig Einspruch erheben, vor allem bei der deutschen Regierung, die auch end-lich einsehen muß, daß das deutsche Erzeug-nis denselben Schutz fordern darf, wie das französische in Frankreich.

„Stützung der Konsumgenossen-schaften durch das Reich“

Unter dieser Überschrift verbreitet die Haupt-gemeinschaft des deutschen Einzelhandels in der Presse eine Mitteilung, daß sie in einer Eingabe an den Reichskanzler und die zuständigen Mini-sterien sich gegen eine derartige Maßnahme ge-wandt habe, die ein Eingreifen der Reichsregie-rung in den harten Wettbewerb zwischen Privat-handel und Konsumgenossenschaften zugunsten der Letzteren darstellen würde. Ein solches Eingreifen sei um so weniger berechtigt, als die Konsumge-nossenschaften durch die Steuererleichterung debor-zugt seien. Es ist interessant, daß die Hauptgemein-schaft des deutschen Einzelhandels immer erst dann Protest erhebt, wenn es sich um die Genossen-schaften der unbemittelten Schichten handelt. Wir haben keinen Protest gehört, als das Reich mehr als 100 Millionen RM für die landwirtschaft-lichen Genossenschaften opferte und noch weniger, als in der Notverordnung vom 18. November 1931 ein Sanierungsfond von 20 Mill. RM für die gewerblichen Genossenschaften zur Verfügung gestellt wurde. Die Genossenschaften der Arbeit-nehmer verlangen, daß sie nicht schlechter behan-delt werden, als die Genossenschaften der anderen Stände — nicht mehr und nicht weniger. Bezüg-lich der steuerlichen Bevorzugung sei festgestellt, daß eine solche nicht besteht, denn die Konsum-genossenschaften unterliegen denselben Steuerge-setzen, wie die Genossenschaften der Landwirtschaft, des Gewerbes und besonders auch der Edeka Ge-



D.N.V.P. S.P.D. ZENTRUM
DEUTSCHE FR. K.P.D. D.V.P.
WIRTSCH.-P. STAATS-P. N.S.D.A.P.

So sah der Preussische Landtag vor der Wahl aus

nosenschaften des Einzelhandels. Gegenüber dem Privathandel ist schon des öfteren der Beweis er-bracht worden, daß in der Tat die Konsumgenos-senschaften mehr Steuer zahlen, als der private Einzelhandel, desgleichen dürfte der Reichsfinanz-minister bestätigen, daß die Konsumgenossenschaf-ten mit die pünktlichsten Steuerzahler sind. Eine Offenlegung der Steuerlisten, die von den Kon-sumgenossenschaften stets verlangt wird, würde die Richtigkeit der vorgenannten Darlegungen beweisen. Aber gerade die Wirtschaftspartei ist es ge-wesen, die im Reichstage die Offenlegung der Steuerlisten abgelehnt hat. Zudem sei festgestellt, daß der Reichsverband deutscher Konsum-Vereine e. V. Köln sich gegenüber der Reichsregierung und Reichsfinanzministerium bereit erklärt hat, auf die jegliche scheinbare steuerliche Bevorzugung gegen-über dem Privathandel Verzicht zu leisten, wenn den Konsumgenossenschaften daselbe Recht wie dem Einzelhandel eingeräumt wird, nämlich der Verkauf an jedermann.

Schule und Auge

Von Dr. F. Hermann-Berlin.

RM. Die schönste und längste Ferienzeit unse-rer Kleinen, die ersten 6 Lebensjahre des golde-nen Kinderalters, ist mit Beginn des neuen Schuljahres für Hunderttausende kleiner WC-Schützen endgültig vorbei, und es heißt nun mit allem Ernst, das Rätschen in Rechen- und Lese-fibel flicken und sich das erste Wissen für den späteren Lebenskampf aneignen. Wohl haben die Kleinen im Verlauf dieser Ferienjahre schon Wil-der und Märchenbilder in die Hände bekommen, schauen und begreifen gelernt und sich wohl auch schon bemüht, in den eigenartigen, schwarzen Let-tern und Ziffern herumzubuchstabieren, doch sind den Augen bisher noch keine besonderen Leistun-gen zugemutet worden, und manche verdeckte, trankhafte Anlage des Augapfels, besonders die der der Kurzsichtigkeit, wird erst mit Beginn der eigentlichen Schulzeit den Lehrern und den Eltern offenbar. Eine bestehende Weit-sichtigkeit der Kinder ist dagegen für die Eltern leichter festzustellen, da diese meistens mit mehr oder weniger starkem Einwärtschiel verbunden ist.

Bei nicht allzu hochgradigen Formen des Schie-

lens wird der Augenarzt die „Schönheitsopera-tion“ nach Möglichkeit hinauszögern und den Kin-dern in den ersten Lebensjahren die zur Korrektur notwendige Brille verordnen, die mit ihren Konvergläsern den gewünschten Spannungsausgleich herbeiführt. Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß sich Kinderaugen noch nicht exakt prüfen lassen, im Gegenteil mit modernen Unter-suchungsapparaten ist dies durchaus möglich.

Ebenso notwendig wie in den ersten Schulwo-chen eine Untersuchung der Kinderaugen auf Weit-sichtigkeit ist, ist auch die Feststellung, ob bei den kleinen WC-Schützen nicht auch eine Anlage zur Kurz-sichtigkeit vorhanden ist. Im Gegensatz zur Weit-sichtigkeit ist die Augenachse beim kurz-sichtigen Kinde, mit dem normalen Auge verglichen, zu lang und die meist angeborene Anlage zur Kurz-sichtigkeit verschlimmert sich in schnellerem oder langamerem Tempo mit dem Ablauf der einzel-nen Schuljahre. Es gibt geradezu eine typische Form von Schulkurz-sichtigkeit, die dadurch be-ginnt, daß die Augen der Schüler durch zu langes Lesen überanstrengt werden und der gleichmäßige Druck der geraden Augenmuskeln, die außen an der Lederhaut des Augapfels anliegen, bedingt eine stetige Ausdehnung des Augapfels nach hin-ten, durch die wiederum das Maß der Kurz-sig-tigkeit vergrößert wird.

Nicht minder wichtig wie der Brillenausgleich beim weit-sichtigen schielenden Kinde ist die rechtzeitige Verordnung der ausgleichenden Glä-ser beim kurz-sichtigen Kinde, um das Fortschreiten der Kurz-sichtigkeit auf- oder gar hinten an zu hal-ten.

Sobald nach den ersten Schulwochen die Kinder also in der Lage sind, Zahlen und Buchstaben le-sen zu können, sollen die Eltern nicht versäumen, die Kleinen dem Augenarzt vorzustellen, damit be-ginnende Sehsstörungen rechtzeitig erkannt und so durch sachgemäße Behandlung vermieden werden können.

Christliche Frauen! Stärkt das Zen-trum gegen die Machtblöcke rechts und links, damit wahrhaft christliche Kultur im deutschen Volkstum wachse!

Briefkasten.

Auskünfte unter dieser Rubrik werden nur Belegern der B. Z. erteilt und sind unverbindlich. Anfragen sind nur schriftlich unter Nennung des Namens und Bezeichnung der Zeitung einzureichen. Anfragen durch Fernsprecher können nicht beantwortet werden.

Ein langjähriger Abonnent. Das Geld, das auf die Hypothek gezahlt ist, braucht nicht zurück-gezahlt zu werden. Wenn Sie jedoch das Haus auf den Sohn übertragen, so können die Geschwi-ster beim Erbfall verlangen, daß ihnen ihr gesetz-licher Anteil ausbezahlt wird. Durch die Ueber-tragung werden die Geschwister benachteiligt.

Adresse. Das Reichsverkehrsministerium befin-det sich in Berlin W 66, Wilhelmstraße 80. Die Adresse des Ministers ist „Sehr geehrter Herr Minister!“. Das Büro des Reichspräsidenten ist in Berlin W 8, Wilhelmstraße 73. Adresse: „Sehr geehrter Herr Reichspräsident!“

R. S. 33. 1. Stichtag ist der 1. Oktober 1931. 2. Ließ aber eine Befreiung am 31. 3. 1930 ab und erfolgte dann Heranziehung, so darf die Steuer nur noch für das laufende Steuerjahr er-hoben werden, also nicht über den 31. März 1932 hinaus.

S. 1000. Wenn ein Zinsfuß entsprechend dem der Kreiskasse vereinbart wurde, ist dieser auch jetzt zu zahlen. Verlangen Sie vom Gläubiger ent-sprechende Verabreichung.

M. F. Miete. 1. Die Miete bleibt bestehen. Die Hauszinssteuerentlastung stellt einen Ausgleich für die am 1. 1. 1932 stattgefundene Mietentlastung dar. 2. 1300 RM sind frei. Die Zinsen werden zur Einkommensteuer veranlagt.

B. Kierberg. Wenn Sie ohne Vereinbarung ge-mietet haben und die Miete nach Monaten be-messen ist, muß zum Schluß des Monats, späte-stens am 15., gekündigt werden.

M. W. Bingsdorf. Sie können die Ihnen auf Grund Ihres Erbrechts zustehenden Ansprüche geltend machen.

K. 3000. Verzdorf. Eine Rückerstattung kann verlangt werden. Die Beiträge gehen zwar im all-gemeinen zu gleichen Teilen, doch muß der Ar-beitgeber für Angestellte, deren monatliches Gehalt 50 RM nicht übersteigt, die vollen Beiträge ent-richten.

A. 45. Walberberg. Sie müssen schon den Nach-weis erbringen, daß Sie durch den Unterhalt außerordentlich belastet sind. Das Finanzamt ent-scheidet nach seinem Ermessen über den Antrag. — Die Stempelmarke ist beim Finanzamt erhält-lich.



Des Mäusenjohes neuer Lebensabschnitt — Lehrende und Lernende — Staat und Hochschulen — Der Berliner Magistrat der kinderreichste Vater Deutschlands — 63 000 Kinder werden betreut

Von unserem eigenen Mitarbeiter.

Für Tausende junger Menschen hat ein neuer Lebensabschnitt begonnen. Vor wenigen Wochen noch glückseligende Abiturienten und Abiturien-tinnen. Jetzt von tiefem Ernst erfüllt. Das erste Semester hat für sie begonnen.

Und sofort ergeben sich hundertfältige Fragen: habe ich das richtige Studium erwählt, werde ich durchhalten können, wie und wo kann ich ver-dienen, um die Studiumskosten selbst zu bestrei-ten.

Die Universitäten sind überfüllt. Kein Leiter der Berufsberatung ist in diesen Tagen zu beneiden. Alle kommen sie zu ihm. Wie gern würde er hel-fen, wenn ... Da hat es das Akademische Aus-tunftsammt bedeutend leichter. Es erteilt nur prak-tische Ratsschlüsse über die Studiumsmöglichkeiten, die verschiedenen Einrichtungen an den Univer-sitäten und den Hochschulen, die erforderliche Ge-werterzahl für die einzelnen Verufe.

Wenn sich die jungen Mäusenjohes immatriku-lieren lassen, dann schwirrt es in ihren Köpfen nur so von Zahlen. Sie greifen nach dem Verzeichnis der Lehrer. Dort finden sie Männer und Frauen mit bedeutenden Namen, von hervorragendem

Wissen, mit reichen Erfahrungen. Zu ihren Füßen sollen und können die jungen Menschen sitzen und sich auf ihren Lebensberuf vorbereiten lassen.

Alle diese jungen Menschen muß der Staat und will er betreuen, ihnen die Hilfe gewähren, deren sie bedürfen, um die Fundamente fürs spätere Le-ben zu bauen. Eine große, aber auch dankbare Aufgabe, wenn sich unsere Studentenschaft wieder in dieser Notzeit auf sich selbst besinnt und mit dem erforderlichen Ernst das Studium betreibt, in den Hochschulen Wissens- und Bildungsstätten er-blickt und nicht, wie leider so oft geschieht, Tum-melplätze für parteipolitische Auseinandersetzungen.

Es haben Staat und Kommune ohnehin schwe-re Sorgen, wie sie unter den herrschenden finan-ziellen Verhältnissen alle ihre Pflichten der Allge-meinheit gegenüber erfüllen können. Wenn wir wissen, daß der Berliner Magistrat, in diesem Falle das Städtische Vormundchaftsammt, 63 000 Kinder zu betreuen hat, können wir uns einiger-maßen einen Begriff von dieser sozialen und auch ethischen Arbeit machen.

85 Stadtvormünder stehen im Dienste des Ber-liner Vormundchaftsamtes. Einem jeden von

ihnen ist die sich von der Geburt bis zur Mündig-keit erstreckende Sorge von 600 bis 800 Kinder anvertraut. Also ein überaus verantwortungsvol-les Amt, da der Vormund dort jedem seiner Schutzbesohlenen sozusagen die Vaterstelle zu er-sehen hat. Um alles muß er sich kümmern, um die Gesundheit und die Erziehung der Kinder, die ärztliche Behandlung, Unterbringung in ein Kran-kenhaus, die Einschulung, Beschaffung einer Lehr-stelle, den Abschluß eines Lehrvertrages, die Ver-handlung mit dem Lehrherrn. Noch mehr. Er muß von Anfang an dafür sorgen, daß die ihm anvertrauten Schutzbesohlenen gute und zuver-lässige Pflegeeltern erhalten, die er auch zu über-wachen hat. Dazu kommen die vielfachen Ausein-anderetzungen und prozessualen Streitigkeiten mit gewissenlosen Vätern dieser Kinder, die sich um die gesetzliche Unterhaltspflicht nicht kümmern. So mußten nach dem letzten Berichtsjahr von 7838 Kindern bei 3466 Prozesse wegen der gesetzlichen Unterhaltspflicht durchgeführt werden, also nahe in der Hälfte aller Fälle wurde es notwendig, die Frage der Vaterschaft im Prozeßwege zu klären. Daneben führte das Vormundchaftsammt für die Kinder aber noch 500 Prozesse in Erbschafts- und Schadenersachangelegenheiten.

In unserer Zeit der Arbeitslosigkeit aber sind oft genug gerichtliche Beschlüsse gar nicht durchzu-führen. Für Vater oder Mutter besteht nur zu oft

die festgestellte Unmöglichkeit, für die Kinder zu sorgen. Es muß aber für sie gesorgt werden und da ist es wieder die Aufgabe des Magistrats, die Mittel aufzubringen für die Kinder, für die Un-terstützungen sonst nicht bezahlt werden. Das sind große Summen. Denn augenblicklich muß der Unterhalt von 18 000 Kindern völlig vom Berli-ner Magistrat bestritten werden, ferner erhalten 12 000 nicht bei ihren Eltern wohnende Kinder laufende Unterstützung. Wieviele Tausende sol-der Kinder gibt es aber noch in den privaten An-stalten, die von der freien Wohlfahrtspflege und von der Caritas eingerichtet und unterhalten wer-den. Diese Zahlen lesen, heißt sich auf die Pflicht diesen armen Kindern gegenüber besinnen und selbst mit dazubeitragen, daß ihnen ein einiger-maßen sonniges Kinderland geschaffen wird. Sie werden es uns später danken.

Vielleicht hilft da der „Baterlag“ ein wenig mit. Bei den Herrenpartien am Simelefsahrtstag wäre es sicherlich ganz angebracht, wenn die Ge-winne beim unausbleiblichen Stahspiel einmal in eine besondere Kasse fließen, die dann den Für-sorgeanstalten zur Verfügung gestellt würde. Dann hätte doch der Vaterlag einen wirklichen Sinn und Zweck. Sogar die Mutter wäre damit einwer-standen, wenn der Vater einmal weniger Mollen tränke und auf andere „Batergaben“ verzichtete. Wir wollen mal sehen, ob es hilft.

11/03500

